

# Niedersächsische Kommunalwahlordnung (NKWO)

vom 24.04.2001 (Nds. GVBl. S. 139 - VORIS 20330 01 08, 20330 01 05),  
zuletzt geändert durch die Verordnung vom 09.03.2005 (Nds. GVBl. S. 82)

Auf Grund des § 53 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) in der Fassung vom 20. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 83) wird verordnet:

## Inhaltsübersicht

ERSTER TEIL.....	4
<b>Allgemeines</b> .....	<b>4</b>
§ 1 Geltungsbereich.....	4
§ 2 Begriffsbestimmungen .....	4
§ 3 Umfang der allgemeinen Neuwahlen.....	4
ZWEITER TEIL .....	5
<b>Wahlorgane und Wahl Ehrenämter</b> .....	<b>5</b>
§ 4 Wahlleitung.....	5
§ 5 Bildung der Wahlausschüsse .....	5
§ 6 Tätigkeit der Wahlausschüsse.....	5
§ 7 Wahlvorstand.....	6
§ 8 Neubesetzung von Wahlämtern .....	7
§ 9 Entschädigung für die Ausübung von Wahl Ehrenämtern.....	7
DRITTER TEIL .....	8
<b>Wahlvorbereitung und Wahlvorschläge</b> .....	<b>8</b>
ERSTER ABSCHNITT .....	8
<b>Wahlbereiche, Wahlbezirke und Wahlräume</b> .....	<b>8</b>
§ 10 Wahlbereiche.....	8
§ 11 Allgemeine Wahlbezirke.....	8
§ 12 Sonderwahlbezirke .....	8
§ 13 Wahlräume .....	9
ZWEITER ABSCHNITT .....	9
<b>Wählerverzeichnis</b> .....	<b>9</b>
§ 14 Führung des Wählerverzeichnisses.....	9
§ 15 Eintragung der Wahlberechtigten .....	9
§ 16 Benachrichtigung der Wahlberechtigten .....	10
§ 17 Bekanntmachung über die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen .....	11
§ 18 Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis.....	12
§ 19 Anträge auf Berichtigung des Wählerverzeichnisses .....	12
§ 20 Berichtigung des Wählerverzeichnisses .....	12
§ 21 Abschluss des Wählerverzeichnisses.....	13
DRITTER ABSCHNITT .....	13
<b>Wahlscheine</b> .....	<b>13</b>
§ 22 Voraussetzungen für die Erteilung von Wahlscheinen .....	13

§ 23 Zuständige Behörde, Gestaltung des Wahlscheins.....	14
§ 24 Wahlscheinanträge .....	14
§ 25 Erteilung von Wahlscheinen.....	14
§ 26 Wahlscheine für bestimmte Personengruppen.....	16
§ 27 Vermerk im Wählerverzeichnis .....	16
§ 28 Beschwerde gegen die Versagung eines Wahlscheins .....	16

## VIERTER ABSCHNITT .....

<b>Wahlbekanntmachung, Wahlvorschläge, Stimmzettel, Briefwahlunterlagen</b> .....	<b>17</b>
§ 29 Einreichung der Wahlvorschläge.....	17
§ 30 Inhalt und Form der Wahlvorschläge .....	17
§ 31 Vertrauenspersonen .....	19
§ 32 Wahlanzeige.....	19
§ 33 Rücktritt von Bewerberinnen oder Bewerbern, Änderung und Zurückziehung von Wahlvorschlägen, Zurückziehung von Wahlvorschlagsverbindungen .....	20
§ 34 Vorprüfung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen .....	20
§ 35 Zulassung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen .....	21
§ 36 Bekanntmachung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen .....	21
§ 37 Stimmzettel und Briefwahlunterlagen für die Wahl der Vertretung.....	22
§ 38 Stimmzettel und Briefwahlunterlagen für die Direktwahl.....	23
§ 39 Wahlbekanntmachung der Gemeinde .....	24

## VIERTER TEIL .....

## Wahlhandlung.....

## ERSTER ABSCHNITT .....

<b>Allgemeine Vorschriften</b> .....	<b>25</b>
§ 40 Ausstattung des Wahlvorstands .....	25
§ 41 Wahlzellen.....	26
§ 42 Wahlurnen .....	26
§ 43 Wahlstisch.....	26
§ 44 Eröffnung der Wahlhandlung.....	26
§ 45 Öffentlichkeit der Wahl .....	27
§ 46 Ordnung im Wahlraum .....	27
§ 47 Stimmabgabe.....	27
§ 48 Stimmabgabe behinderter Wählerinnen oder Wähler .....	28
§ 49 Vermerk über die Stimmabgabe.....	28
§ 50 Stimmabgabe mit Wahlschein bei der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl.....	28
§ 51 Schluss der Wahlhandlung.....	29

## ZWEITER ABSCHNITT .....

<b>Besondere Regelungen</b> .....	<b>29</b>
§ 52 Wahl in Sonderwahlbezirken.....	29
§ 53 Briefwahl.....	30

## FÜNFTER TEIL .....

<b>Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses</b> .....	<b>31</b>
§ 54 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk .....	31
§ 55 Zählung der Wählerinnen und Wähler .....	31
§ 56 Zählung der Stimmen.....	31
§ 57 Ungültige Stimmabgabe, Auslegungsregeln .....	32
§ 58 Zähllisten .....	33
§ 59 Behandlung der Wahlbriefe, Vorbereitung der Feststellung des Briefwahlergebnisses .....	33
§ 60 Einbeziehung des Briefwahlergebnisses in das Wahlergebnis des Wahlbezirks .....	34

§ 61 Gesonderte Feststellung des Briefwahlergebnisses.....	35
§ 62 Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Wahlbezirk und des Briefwahlergebnisses .....	35
§ 63 Schnellmeldungen, vorläufige Wahlergebnisse.....	35
§ 64 Wahl Niederschrift .....	36
§ 65 Übergabe und Verwahrung von Wahlunterlagen .....	38
§ 66 Feststellung des Ergebnisses der Wahl der Vertretung in den Wahlbereichen und im Wahlgebiet .....	38
§ 67 Feststellung des Ergebnisses der Direktwahl im Wahlgebiet.....	39
§ 68 Gesamtergebnis der allgemeinen Neuwahlen .....	40
§ 69 Überprüfung der Wahl durch die Wahlleitungen.....	40
§ 70 Entscheidung über die Gültigkeit der einzelnen Direktwahl .....	41

## SECHSTER TEIL ..... 41

<b>Nachwahl, Wiederholungswahl, einzelne Neuwahl, neue Direktwahl und Abwahl.....</b>	<b>41</b>
§ 71 Nachwahl.....	41
§ 72 Wiederholungswahl.....	41
§ 73 Wiederholungswahl nach § 45 b Abs. 6 NKWG.....	42
§ 74 Einzelne Neuwahl der Vertretung .....	43
§ 75 Neue Direktwahl .....	45
§ 76 Abwahl.....	45

## SIEBENTER TEIL ..... 45

<b>Ersatz von Vertreterinnen oder Vertretern und Ausscheiden von Ersatzpersonen .....</b>	<b>45</b>
§ 77 Ersatz von Vertreterinnen oder Vertretern .....	45
§ 78 Ausscheiden von Ersatzpersonen .....	46

## ACHTER TEIL ..... 46

<b>Schlussvorschriften .....</b>	<b>46</b>
§ 79 Öffentliche Bekanntmachungen .....	46
§ 80 Zustellungen .....	46
§ 81 Beschaffung von Stimmzetteln und Vordrucken.....	46
§ 82 Hilfskräfte und Hilfsmittel.....	47
§ 83 Sicherung der Wahlunterlagen .....	47
§ 84 Wahlstatistische Auszählungen .....	47
§ 85 Vernichtung von Wahlunterlagen.....	48
§ 86 Erstattung von Wahlkosten .....	48
§ 87 Mitwirkung der Samtgemeinden .....	48
§ 88 Mitwirkung des Landeswahlausschusses .....	49
§ 89 Ergänzende Vorschriften für die Wahl anderer Vertretungen .....	49
§ 90 In-Kraft-Treten .....	50

## Niedersächsische Kommunalwahlordnung (NKWO)

Vom 24. April 2001

Aufgrund des § 53 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) in der Fassung vom 20. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 83) wird verordnet:

### Erster Teil

#### Allgemeines

##### § 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für die Wahl zum Rat in den Gemeinden und zum Kreistag in den Landkreisen, für die Direktwahlen sowie für sonstige nach den Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes durchzuführende Wahlen.

##### § 2

Begriffsbestimmungen

(1) Hauptwahlen sind

1. allgemeine Neuwahlen (§ 6 Abs. 3 NKWG),
2. einzelne Neuwahlen (§ 43 NKWG),
3. Direktwahlen (§ 45 b Abs. 1 bis 4, § 45 c Abs. 2 NKWG) und neue Direktwahlen (§ 45 b Abs. 5 und 7 NKWG),
4. Wiederholungswahlen (§§ 42, 45 b Abs. 6 NKWG), wenn sie im gesamten Wahlgebiet durchgeführt werden und das Wahlverfahren in allen Teilen erneuert wird.

(2) Verbundene Wahlen sind gleichzeitig stattfindende Wahlen nach § 1.

##### § 3

Umfang der allgemeinen Neuwahlen

Die allgemeinen Neuwahlen finden in allen Gemeinden, Landkreisen und anderen Wahlgebieten statt, in denen die Wahlperiode der Vertretung mit Ablauf der allgemeinen Wahlperiode endet.

## Zweiter Teil

### Wahlorgane und Wahl Ehrenämter

#### § 4

##### Wahlleitung

(1) Nachdem der Tag der Hauptwahl bestimmt ist, macht die Gemeinde die Namen und die Dienstanschrift der Gemeindegewahlleitung, der Landkreis die Namen und die Dienstanschrift der Kreiswahlleitung öffentlich bekannt.

(2) Die Namen und die Dienstanschrift der Wahlleitung teilt die kreisangehörige Gemeinde dem Landkreis, die kreisfreie Stadt und der Landkreis der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit.

(3) <sup>1</sup>Die nach § 9 Abs. 1 Satz 3 NKWG in die Gemeindegewahlleitung berufene Person wird von der oder dem Vorsitzenden der Vertretung zur unparteiischen Wahrnehmung des Amtes und zur Verschwiegenheit über die bei der amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten, verpflichtet. <sup>2</sup>Sie übt das Amt längstens bis zum Ablauf der auf die Hauptwahl folgenden Wahlperiode aus.

(4) Bedienstete einer Samtgemeinde können in den Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde auch dann nach § 9 Abs. 1 Satz 3 NKWG in die Gemeindegewahlleitung berufen werden, wenn sie nicht im Wahlgebiet wohnen.

#### § 5

##### Bildung der Wahlausschüsse

(1) Vor der Hauptwahl der Vertretung ist ein Wahlausschuss zu bilden.

(2) <sup>1</sup>Nachdem der Tag der Hauptwahl bestimmt ist, fordert die Wahlleitung die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen auf, innerhalb einer angemessenen Frist Wahlberechtigte des Wahlgebiets als Mitglieder und als stellvertretende Mitglieder des Wahlausschusses vorzuschlagen. <sup>2</sup>In der Aufforderung, die als öffentliche Bekanntmachung ergehen kann, soll auf § 13 Abs. 2 und 3 NKWG hingewiesen werden.

(3) Nach Ablauf der Vorschlagsfrist beruft die Wahlleitung unverzüglich die weiteren Mitglieder des Wahlausschusses und für jedes Mitglied eine Stellvertretung.

(4) <sup>1</sup>Bei der Berufung der Wahlausschussmitglieder und ihrer Stellvertretung sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen in der Regel in der Reihenfolge der Stimmenzahlen berücksichtigt werden, die sie bei der letzten Wahl der Vertretung erhalten haben. <sup>2</sup>Werden von den Parteien und Wählergruppen nicht genügend Wahlberechtigte nach Satz 1 vorgeschlagen, so erfolgen die Berufungen gemäß Absatz 3 nach Ermessen der Wahlleitung aus den Reihen der Wahlberechtigten.

(5) Die Wahlleitung macht die Zusammensetzung des Wahlausschusses öffentlich bekannt.

(6) Die Wahlausschüsse bestehen auch nach der Hauptwahl, längstens bis zum Ablauf der Wahlperiode, fort.

#### § 6

##### Tätigkeit der Wahlausschüsse

(1) Die Wahlausschüsse verhandeln, beraten und entscheiden in öffentlicher Sitzung.

(2) <sup>1</sup>Die Vorsitzende oder der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Sitzung, lädt die Mitglieder zu den Sitzungen und weist dabei auf § 10 Abs. 3 NKWG hin. <sup>2</sup>Die Ladungen zu den Sitzungen sollen den Mitgliedern mit einer Frist von mindestens 24 Stunden unter Übersendung der Tagesordnung zugehen. <sup>3</sup>Im Fall der Abänderung eines Beschlusses (§ 10 Abs. 5 NKWG) kann unter kürzerer Fristsetzung geladen werden.

(3) Zeit, Ort und Gegenstand der Verhandlungen sind öffentlich bekannt zu machen mit dem Hinweis, dass jedermann Zutritt zu der Sitzung hat.

(4) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende bestellt eine Schriftführerin oder einen Schriftführer. <sup>2</sup>Sind diese zugleich Mitglied des Wahlausschusses, so sind sie auch stimmberechtigt.

(5) Die oder der Vorsitzende verpflichtet die Mitglieder des Wahlausschusses und die Schriftführerin oder den Schriftführer zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten.

(6) Die oder der Vorsitzende ist befugt, Personen, die die Ruhe und Ordnung stören, aus dem Sitzungsraum zu verweisen.

(7) Über jede Sitzung wird eine Niederschrift angefertigt; sie ist von der oder dem Vorsitzenden, den weiteren Mitgliedern des Wahlausschusses und der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterzeichnen.

#### § 7

##### Wahlvorstand

(1) <sup>1</sup>Vor jeder Hauptwahl beruft die Gemeindegewahlleitung für jeden Wahlbezirk eine Wahlvorsteherin oder einen Wahlvorsteher und die weiteren Mitglieder des Wahlvorstands; dieselben Mitglieder sollen zugleich in den Wahlvorstand für die Stichwahl berufen werden. <sup>2</sup>Sie bestellt aus den Mitgliedern des Wahlvorstands Stellvertreterinnen oder Stellvertreter für die Wahlvorsteherin oder den Wahlvorsteher und die Schriftführerin oder den Schriftführer. <sup>3</sup>Dem Wahlvorstand sollen neben der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher in der Regel nicht weniger als sechs weitere Mitglieder angehören. <sup>4</sup>Die Gemeindegewahlleitung kann Mitglieder eines Wahlausschusses als Mitglieder des Wahlvorstands berufen. <sup>5</sup>In Gemeinden, die nur einen Wahlbezirk bilden, kann die Gemeindegewahlleiterin oder der Gemeindegewahlleiter das Amt der Wahlvorsteherin oder des Wahlvorstehers selbst ausüben.

(2) <sup>1</sup>Vor der Berufung der Mitglieder des Wahlvorstands fordert die Gemeindegewahlleitung die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen auf, innerhalb einer angemessenen Frist Wahlberechtigte als Mitglieder vorzuschlagen. <sup>2</sup>In der Aufforderung, die als öffentliche Bekanntmachung ergehen kann, soll auf § 13 Abs. 2 und 3 NKWG hingewiesen werden. <sup>3</sup>Werden von den Parteien und Wählergruppen nicht genügend Wahlberechtigte nach Satz 1 vorgeschlagen, so beruft die Gemeindegewahlleitung die weiteren Mitglieder nach ihrem Ermessen; auf § 13 Abs. 2 und 3 NKWG ist hinzuweisen.

(3) <sup>1</sup>Bei verbundenen Wahlen wird für diese nur ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk gebildet. <sup>2</sup>Für größere Wahlbezirke werden im Fall des § 13 Abs. 3 mehrere Wahlvorstände gebildet. <sup>3</sup>Bei der Bildung von Wahlvorständen für die Briefwahl ist nach § 59 Abs. 3 zu verfahren. <sup>4</sup>Für die Nachwahl gilt § 71 Abs. 4 Nr. 4, für die Wiederholungswahl § 72 Abs. 3 Sätze 1 und 2 Nr. 2 sowie § 73 Abs. 3.

(4) <sup>1</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher wird, wenn sie oder er nicht schon für das Hauptamt verpflichtet ist, von der Gemeindegewahlleitung zur unparteiischen Wahrnehmung des Amtes und zur Verschwiegenheit über die bei der amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten, verpflichtet. <sup>2</sup>Die Mitglieder des Wahlvorstands dürfen während ihrer Tätigkeit kein auf eine politische Überzeugung hinweisendes Zeichen sichtbar tragen.

(5) Die Gemeindegewahlleitung sorgt dafür, dass die Mitglieder des Wahlvorstands vor der Wahl so über ihre Aufgaben unterrichtet werden, dass ein ordnungsgemäßer Ablauf der Wahlhandlung und der Ermittlung des Wahlergebnisses gesichert ist.

(6) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand wird von der Gemeindegewahlleitung oder in ihrem Auftrag von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher einberufen. <sup>2</sup>Er tritt am Wahltag rechtzeitig vor Beginn der Wahlzeit im Wahlraum zusammen.

(7) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. <sup>2</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher leitet die Tätigkeit des Wahlvorstands.

(8) Der Wahlvorstand verhandelt, berät und entscheidet in öffentlicher Sitzung.

(9) <sup>1</sup>Während der Wahlhandlung und bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses müssen immer mindestens drei Mitglieder des Wahlvorstands, darunter die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher und die Schriftführerin oder der Schriftführer oder die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, anwesend sein. <sup>2</sup>Bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses sollen alle Mitglieder des Wahlvorstands anwesend sein. <sup>3</sup>Fehlende Mitglieder kann die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher durch anwesende Wahlberechtigte ersetzen. <sup>4</sup>Dies muss geschehen, wenn es mit Rücksicht auf die Beschlussfähigkeit (§ 12 Abs. 3 NKWG) und die Mindestbesetzung (Satz 1) erforderlich ist.

## § 8

### Neubesetzung von Wahlämtern

<sup>1</sup>Wird ein Mitglied der Wahlleitung, ein Mitglied oder stellvertretendes Mitglied des Wahlausschusses oder ein Mitglied des Wahlvorstands als Wahlbewerberin oder Wahlbewerber vorgeschlagen oder mit ihrem oder seinem Einverständnis als Vertrauensperson eines Wahlvorschlages benannt, so ist das Wahl Ehrenamt unverzüglich neu zu besetzen. <sup>2</sup>Verbundene Wahlen gelten als einheitliche Wahl.

## § 9

### Entschädigung für die Ausübung von Wahl Ehrenämtern

(1) Für den Ersatz des Aufwandes bei der Ausübung von Wahl Ehrenämtern gelten folgende Durchschnittssätze als Richtsätze:

16 Euro je Sitzung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlausschüsse,

16 Euro für die Mitglieder der Wahlvorstände.

(2) Notwendige Auslagen, die in Ausübung des Ehrenamtes durch Fahrkosten außerhalb des Wohnortes oder durch Fernsprechkosten entstanden sind, werden auf Antrag gesondert ersetzt.

(3) Ein in Ausübung des Ehrenamtes nachweislich entstandener Verdienstausfall wird auf Antrag bis zum Höchstbetrag von 16 Euro je Stunde ersetzt.

(4) Die Entschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreiswahlausschusses setzt der Landkreis, für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gemeindegewahlausschusses und die Mitglieder des Wahlvorstands die Gemeinde fest.

(5) Für die nach § 9 Abs. 1 Satz 3 NKWG berufenen Personen gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

## Dritter Teil

### Wahlvorbereitung und Wahlvorschläge

#### Erster Abschnitt

#### Wahlbereiche, Wahlbezirke und Wahlräume

### § 10

#### Wahlbereiche

(1) <sup>1</sup>Für die in § 15 Abs. 1 NKWG bezeichneten Wahlgebiete bestimmt die Vertretung die Zahl und die Abgrenzung der Wahlbereiche, sobald der Tag der Hauptwahl und die Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter feststehen. <sup>2</sup>Bei der Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kreiswahl sollen die Grenzen der Gemeinden und Samtgemeinden eingehalten werden.

(2) <sup>1</sup>Die Wahlleitung eines in § 15 Abs. 1 NKWG bezeichneten Wahlgebiets teilt die Zahl und die Abgrenzung der Wahlbereiche unter Angabe der Einwohnerzahlen der für das Wahlgebiet zuständigen Aufsichtsbehörde mit. <sup>2</sup>Die Wahlleitung eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt unterrichtet außerdem die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter.

(3) Die Kreiswahlleitung unterrichtet die Gemeindegewahlleitungen der zum Landkreis gehörenden Gemeinden über die Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kreiswahl.

### § 11

#### Allgemeine Wahlbezirke

(1) <sup>1</sup>Gemeinden mit nicht mehr als 2 500 Einwohnerinnen und Einwohnern bilden in der Regel einen Wahlbezirk. <sup>2</sup>Größere Gemeinden werden in mehrere Wahlbezirke eingeteilt.

(2) <sup>1</sup>Die Grenzen der Wahlbezirke sind auf räumliche Merkmale zu beziehen; dabei müssen die Grenzen der Wahlbereiche und der Ortschaften eingehalten werden. <sup>2</sup>Die Wahlbezirke sollen nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt werden, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. <sup>3</sup>Kein Wahlbezirk soll mehr als 2 500 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen. <sup>4</sup>Die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie einzelne Wahlberechtigte gewählt haben. <sup>5</sup>Die Wahlbezirkseinteilung gilt auch für die Stichwahl.

(3) Für die Wahlberechtigten in Gemeinschaftsunterkünften wie Lagern, Unterkünften der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Polizei oder der Stationierungstreitkräfte aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union können abweichend von Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 1 nach anderen objektiven Abgrenzungskriterien (zum Beispiel nach dem Alphabet) mehrere Wahlbezirke eingerichtet werden.

(4) <sup>1</sup>Für bewohnte gemeindefreie Gebiete bestimmt die Kreiswahlleitung, welche Gemeinde die Wahlbezirke für die Kreiswahl oder für die Wahl der Landrätin oder des Landrats bildet und die Wahl durchführt. <sup>2</sup>Für gemeindefreie Bezirke kann sie bestimmen, dass die Aufgaben der Gemeinde und der Gemeindegewahlleitung von der Bezirksvorsteherin oder dem Bezirksvorsteher wahrgenommen werden.

### § 12

#### Sonderwahlbezirke

(1) <sup>1</sup>Für Krankenhäuser, Altenheime, Altenwohnheime, Pflegeheime und gleichartige Einrichtungen mit einer größeren Anzahl von Wahlberechtigten, die keinen Wahlraum außerhalb der Einrichtung aufsuchen können, sollen bei entsprechendem Bedürfnis Sonderwahlbezirke gebildet werden. <sup>2</sup>§ 11 Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(2) Mehrere Einrichtungen können innerhalb der Wahlbereichsgrenzen zu einem Sonderwahlbezirk zusammengefasst werden.

### § 13

#### Wahlräume

(1) <sup>1</sup>Die Gemeinde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. <sup>2</sup>Soweit möglich, stellt sie Wahlräume in Gemeindegebäuden zur Verfügung. <sup>3</sup>Die Stichwahl soll in denselben Wahlräumen durchgeführt werden.

(2) Die Wahlräume sollen so gelegen sein, dass den Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird und der Zugang auch körperbehinderten Personen möglich ist.

(3) <sup>1</sup>In größeren Wahlbezirken, in denen sich die Wählerverzeichnisse teilen lassen, kann gleichzeitig in verschiedenen Gebäuden oder in verschiedenen Räumen desselben Gebäudes oder an verschiedenen Tischen des Wahlraums gewählt werden. <sup>2</sup>Für jeden Wahlraum oder Tisch wird ein Wahlvorstand gebildet. <sup>3</sup>Sind mehrere Wahlvorstände in einem Wahlraum tätig, so bestimmt die Gemeindevorstand, welcher Wahlvorstand für Ruhe und Ordnung im Wahlraum sorgt.

## Zweiter Abschnitt

### Wählerverzeichnis

#### § 14

#### Führung des Wählerverzeichnisses

(1) <sup>1</sup>Die Gemeinde legt vor jeder Wahl für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten nach Familiennamen, Vornamen, Tag der Geburt und Wohnung an. <sup>2</sup>Das Wählerverzeichnis kann auch im automatisierten Verfahren geführt werden. <sup>3</sup>Bei verbundenen Wahlen wird ein gemeinsames Wählerverzeichnis geführt.

(2) <sup>1</sup>Das Wählerverzeichnis wird unter fortlaufenden Nummern in der Buchstabenfolge der Familiennamen, bei gleichen Familiennamen der Vornamen angelegt. <sup>2</sup>Es kann auch nach Ortsteilen, Straßen und Hausnummern gegliedert werden. <sup>3</sup>Es enthält die erforderliche Zahl an Spalten für Vermerke über die Stimmabgabe einschließlich der Stichwahl (§ 18 Abs. 5 NKWG) und eine Spalte für Bemerkungen.

(3) Die Gemeinde sorgt dafür, dass die Unterlagen für die Wählerverzeichnisse jederzeit so vollständig vorhanden sind, dass diese vor Wahlen rechtzeitig angelegt werden können.

#### § 15

#### Eintragung der Wahlberechtigten

(1) <sup>1</sup>In das Wählerverzeichnis eines Wahlbezirks werden alle Wahlberechtigten eingetragen, die am 35. Tag vor der Wahl für eine Wohnung in diesem Wahlbezirk nach den Vorschriften des Melderechts bei der Gemeinde angemeldet sind oder durch eine vergleichbare amtliche Bestätigung mitgeteilt werden (zum Beispiel Stationierungsstreitkräfte aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union). <sup>2</sup>Eine wahlberechtigte Person, die am genannten Tag in keinem Wahlbezirk angemeldet ist, wird auf Antrag (§ 19) in das Wählerverzeichnis des Wahlbezirks eingetragen, für den sie sich bis zum 16. Tag vor der Wahl anmeldet.

(2) <sup>1</sup>Eine wahlberechtigte Person mit Haupt- und Nebenwohnung im Sinne des Melderechts wird in das Wählerverzeichnis des Wahlbezirks eingetragen, in dem sie am 35. Tag vor der Wahl mit Hauptwohnung angemeldet ist. <sup>2</sup>Eine wahlberechtigte Person wird am Ort der Nebenwohnung auf Antrag (§ 19) in das Wählerverzeichnis eingetragen, wenn sie nachweist, dass sich der Mittelpunkt

ihrer Lebensbeziehungen am Ort der Nebenwohnung befindet. <sup>3</sup>Trägt die Gemeinde sie am Ort der Nebenwohnung in das Wählerverzeichnis ein, so unterrichtet sie die für die Hauptwohnung zuständige Gemeinde, wenn diese im Land Niedersachsen liegt. <sup>4</sup>Die letztgenannte Gemeinde trägt sie in ihr Wählerverzeichnis nicht ein oder streicht sie darin. <sup>5</sup>Wahlberechtigte, die keine Wohnung haben, werden auf Antrag (§ 19) am Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts in das Wählerverzeichnis eingetragen.

(3) <sup>1</sup>In das Wählerverzeichnis eines Sonderwahlbezirks können außer den im Sonderwahlbezirk nach den Vorschriften des Melderechts angemeldeten Wahlberechtigten auch Wahlberechtigte anderer Wahlbezirke der Gemeinde eingetragen werden, wenn sie als Insassen oder Bedienstete der Einrichtung im Sonderwahlbezirk wählen wollen; dabei sind die Wahlbereichsgrenzen einzuhalten. <sup>2</sup>Werden sie in das Wählerverzeichnis eines Sonderwahlbezirks eingetragen, so sind sie in das für sie sonst maßgebende Wählerverzeichnis nicht einzutragen oder darin zu streichen. <sup>3</sup>Absatz 2 gilt entsprechend.

(4) Wird das Wählerverzeichnis für verbundene Wahlen aufgestellt und ist eine Person nicht für jede Wahl wahlberechtigt, so ist neben dem Namen der wahlberechtigten Person in der Spalte „Bemerkungen“ ein entsprechender Vermerk einzutragen.

(5) <sup>1</sup>Ist der Wahltag bestimmt worden und wechselt eine für die Kreiswahl oder für die Wahl der Landrätin oder des Landrats wahlberechtigte Person innerhalb von drei Monaten vor der Wahl, jedoch spätestens am 35. Tag vor der Wahl, ihre Wohnung innerhalb des Kreisgebiets, so bescheinigt ihr die Gemeinde bei der Abmeldung, dass sie zum Zeitpunkt der Abmeldung für die bevorstehende Wahl wahlberechtigt ist. <sup>2</sup>In der Bescheinigung soll darauf hingewiesen werden, dass sie nur für die Eintragung in das Wählerverzeichnis des neuen Wohnorts gilt, nicht aber zur Stimmabgabe berechtigt. <sup>3</sup>Die Bescheinigung ist kostenfrei auszustellen. <sup>4</sup>Die wahlberechtigte Person legt die Bescheinigung am neuen Wohnort der Gemeinde vor und wird von ihr nach den Vorschriften der Absätze 1 bis 4 in das Wählerverzeichnis eingetragen; gegebenenfalls ist nach § 19 oder § 22 Abs. 2 Nr. 1 zu verfahren.

(6) <sup>1</sup>Verzieht eine nach Absatz 1 Satz 1 in das Wählerverzeichnis eingetragene wahlberechtigte Person nach dem 35. Tag vor der Wahl in einen anderen Wahlbezirk des Wahlgebiets, so ist dies für ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis ohne Bedeutung; bei verbundenen Wahlen ist unbeschadet des § 20 Abs. 2 gegebenenfalls nach Absatz 4 zu verfahren. <sup>2</sup>Die wahlberechtigte Person soll bei der Abmeldung auf § 22 Abs. 1 Nr. 2 hingewiesen werden.

(7) Bevor eine Person in das Wählerverzeichnis eingetragen wird, ist zu prüfen, ob sie nach den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und der Niedersächsischen Landkreisorordnung (NLO) die Wahlrechtsvoraussetzungen erfüllt und ob sie nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

#### § 16

#### Benachrichtigung der Wahlberechtigten

(1) <sup>1</sup>Spätestens am 23. Tag vor der Wahl benachrichtigt die Gemeinde jede wahlberechtigte Person, die in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, nach dem Muster der **Anlage 1**, im Fall einer einzelnen Direktwahl nach dem Muster der **Anlage 1a**. <sup>2</sup>Die Mitteilung (Wahlbenachrichtigung) soll enthalten:

1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung der wahlberechtigten Person,
2. den Wahlraum,
3. die Wahlzeit,
4. die Nummer, unter der die wahlberechtigte Person in das Wählerverzeichnis eingetragen ist,
5. die Aufforderung, die Wahlbenachrichtigung bei der Wahl mitzubringen und einen gültigen Identitätsausweis bereitzuhalten,
6. die Belehrung über die Beantragung eines Wahlscheins, die mindestens Hinweise darüber enthalten muss,

- a) dass der Wahlscheinantrag nur auszufüllen ist, wenn die wählende Person durch Briefwahl wählen will,
- b) unter welchen Voraussetzungen ein Wahlschein erteilt wird (§ 22 Abs. 1 und § 24) und
- c) dass der Wahlschein von einer anderen als der wahlberechtigten Person nur beantragt werden kann, wenn die Berechtigung zur Antragstellung durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird (§ 24 Abs. 3).

<sup>3</sup>In Fällen des § 15 Abs. 4 wird in der Wahlbenachrichtigung vermerkt, für welche Wahl sie gilt.

(2) Der Wahlbenachrichtigung ist ein Vordruck für einen Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins nach dem Muster der **Anlage 2** beizufügen.

(3) <sup>1</sup>Sind für die Direktwahl mehrere Bewerberinnen und Bewerber zugelassen, so ist auf die Möglichkeit und den Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl und darauf hinzuweisen, dass

1. mit dem der Wahlbenachrichtigung beigelegten Vordruck neben dem Wahlschein für die erste Wahl gleichzeitig ein Wahlschein für die Stichwahl beantragt werden kann,
2. für die Stichwahl ein Wahlscheinantrag auch dann gestellt werden kann, wenn die wählende Person an der Wahl durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlgebiets teilnehmen will.

<sup>2</sup>Wahlberechtigte, die einen Wahlschein nur für die erste Wahl beantragt haben, erhalten mit dem Wahlschein zugleich eine Wahlbenachrichtigung für die Stichwahl mit einem Antrag auf Ausstellung eines entsprechenden Wahlscheins. <sup>3</sup>Bei der einzelnen Direktwahl gelten Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 auch für die erste Wahl.

## § 17

### Bekanntmachung über die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen

Die Gemeinde macht spätestens am 24. Tag vor der Wahl bekannt,

1. wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Wählerverzeichnis eingesehen werden kann (§ 18 Abs. 3 Satz 2 NKWG),
2. wo innerhalb der Einsichtnahmefrist schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eine Berichtigung des Wählerverzeichnisses beantragt werden kann (§ 19),
3. dass den Wahlberechtigten, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, eine Wahlbenachrichtigung zugeht,
4. wo, in welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen Wahlscheine beantragt werden können (§§ 22 und 24),
5. dass Wahlberechtigte mit Wahlschein bei verbundenen Wahlen oder der einzelnen Wahl der Vertretung nur durch Briefwahl (§ 31 NKWG, § 53) wählen können,
6. dass bei der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl Wahlberechtigte mit Wahlschein durch Briefwahl oder durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlgebiets wählen können.

## § 18

### Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis

(1) <sup>1</sup>Die Gemeinde stellt sicher, dass das Wählerverzeichnis mindestens am Ort der Gemeindeverwaltung und an einem Tag mindestens bis 18.00 Uhr eingesehen werden kann. <sup>2</sup>Bei Führung im automatisierten Verfahren kann die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis auch am Datensichtgerät ermöglicht werden. <sup>3</sup>Es ist sicherzustellen, dass Bemerkungen (§ 20 Abs. 4) im Klartext gelesen werden können. <sup>4</sup>Das Datensichtgerät darf nur von einer oder einem Bediensteten der Gemeinde bedient werden.

(2) Nach Beginn der Einsichtnahmefrist teilt die kreisangehörige Gemeinde unverzüglich der Kreiswahlleitung die Zahl der für die Kreiswahl oder der für die Wahl der Landrätin oder des Landrats eingetragenen Wahlberechtigten mit.

## § 19

### Anträge auf Berichtigung des Wählerverzeichnisses

(1) <sup>1</sup>Wer einen Antrag auf Berichtigung des Wählerverzeichnisses stellt (§ 19 Abs. 1 NKWG), hat die erforderlichen Beweismittel beizubringen, sofern die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind. <sup>2</sup>Die Vorlage einer nach § 15 Abs. 5 ausgestellten Wahlrechtsbescheinigung gilt innerhalb der Antragsfrist als Berichtigungsantrag.

(2) <sup>1</sup>Hält die Gemeinde den Berichtigungsantrag für begründet, so gibt sie ihm unverzüglich statt. <sup>2</sup>Anderenfalls legt sie ihn mit den vorhandenen Beweismitteln und ihrer Stellungnahme unverzüglich der Gemeindevahlleitung vor, die die Entscheidung des Gemeindevahlausschusses herbeiführt. <sup>3</sup>Die Gemeindevahlleitung teilt den Beteiligten rechtzeitig Ort und Zeit der Verhandlung mit. <sup>4</sup>Der Gemeindevahlausschuss entscheidet nach mündlicher Verhandlung. <sup>5</sup>Sind die Beteiligten nicht erschienen, so entscheidet er aufgrund der vorliegenden Unterlagen.

(3) Einem Antrag auf Streichung einer in der Gemeinde wohnhaften Person darf erst stattgegeben werden, nachdem ihr Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist.

(4) <sup>1</sup>Die Entscheidung über den Berichtigungsantrag ist den Beteiligten von der entscheidenden Stelle spätestens am vierten Tag vor der Wahl bekannt zu geben. <sup>2</sup>Wird aufgrund eines Berichtigungsantrags eine wahlberechtigte Person in das Wählerverzeichnis nachgetragen, so erhält sie eine Wahlbenachrichtigung.

(5) Die Gemeindevahlleitung teilt die Entscheidungen des Gemeindevahlausschusses über die Berichtigungsanträge, die sich auf die Kreiswahl oder die Wahl der Landrätin oder des Landrats beziehen, unverzüglich der Kreiswahlleitung mit.

(6) <sup>1</sup>Die Entscheidung über den Berichtigungsantrag ist vorbehaltlich einer Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren endgültig. <sup>2</sup>§ 10 Abs. 5 NKWG bleibt unberührt.

## § 20

### Berichtigung des Wählerverzeichnisses

(1) Nach Beginn der Einsichtnahmefrist ist die Eintragung oder Streichung von Personen sowie die Vornahme sonstiger Änderungen im Wählerverzeichnis nur zulässig

1. aufgrund einer Entscheidung über einen Berichtigungsantrag (§ 19 Abs. 1 NKWG, § 19 Abs. 1 Satz 2),
2. in den in dieser Verordnung sonst genannten Fällen (§ 15 Abs. 2 Sätze 4 und 5, §§ 27 und 44 Abs. 2),

3. von Amts wegen außerdem, wenn das Wählerverzeichnis offensichtlich unrichtig oder unvollständig ist und ein Berichtigungsantrag nicht gestellt ist; § 19 Abs. 3, 4 und 6 gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 Nr. 3 findet auch Anwendung, wenn eine in der Gemeinde mit Hauptwohnung angemeldete und in das Wählerverzeichnis eingetragene Person hier nicht den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen hat und deswegen auf Antrag in das Wählerverzeichnis einer anderen Gemeinde eingetragen worden ist.

(3) Eine wahlberechtigte Person, die einen Wahlschein mit Briefwahlunterlagen erhalten hat, wird im Wählerverzeichnis nicht gestrichen, wenn sie vor dem Wahltag stirbt, ihr Wahlrecht verliert (§ 34 Abs. 2 NGO, § 29 Abs. 2 NLO) oder aus dem Wahlgebiet verzieht (§ 30 a Abs. 3 NKWG).

(4) Alle nach Beginn der Einsichtnahmefrist vorgenommenen Änderungen sind in der Spalte „Bemerkungen“ zu erläutern und mit Datum und Unterschrift der oder des vollziehenden Bediensteten, im automatisierten Verfahren anstelle der Unterschrift mit einem Hinweis auf die verantwortliche Bedienstete oder den verantwortlichen Bediensteten zu versehen.

(5) Nach Abschluss darf das Wählerverzeichnis nur noch nach Absatz 1 Nr. 3 und § 44 Abs. 2 berichtigt, sonst jedoch nicht mehr geändert werden.

## § 21

### Abschluss des Wählerverzeichnisses

<sup>1</sup>Das Wählerverzeichnis ist spätestens am Tag vor der Wahl und der Stichwahl, jedoch nicht früher als am dritten Tag vor der Wahl, durch die Gemeinde abzuschließen. <sup>2</sup>Sie stellt dabei die Zahl der Wahlberechtigten des Wahlbezirks fest. <sup>3</sup>Der Abschluss wird nach dem Muster der **Anlage 3** beurkundet. <sup>4</sup>Bei automatisierter Führung des Wählerverzeichnisses ist vor der Beurkundung ein Ausdruck herzustellen.

## Dritter Abschnitt

### Wahlscheine

## § 22

### Voraussetzungen für die Erteilung von Wahlscheinen

(1) Eine wahlberechtigte Person, die in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein, wenn sie

1. sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grund außerhalb ihres Wahlbezirks aufhält,
2. nach dem 35. Tag vor der Wahl ihre Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt,
3. aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst ihres körperlichen Zustandes wegen den Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

(2) Eine wahlberechtigte Person, die nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein,

1. wenn sie nachweist, dass sie ohne ihr Verschulden die Antragsfrist für die Berichtigung des Wählerverzeichnisses versäumt hat; das gilt hinsichtlich der Kreiswahl oder für die Wahl der Landrätin oder des Landrats auch, wenn sie eine nach § 15 Abs. 5 erteilte Wahlrechtsbescheinigung entschuldbar erst nach Ablauf der Antragsfrist vorlegt,
2. wenn ihr Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Antragsfrist entstanden ist,

3. wenn sie im Fall der Direktwahl erst für die Stichwahl wahlberechtigt wird.

## § 23

### Zuständige Behörde, Gestaltung des Wahlscheins

(1) Der Wahlschein wird von der Gemeinde erteilt, in deren Wählerverzeichnis die wahlberechtigte Person eingetragen ist oder hätte eingetragen werden müssen.

(2) Ist das Wahlgebiet in mehrere Wahlbereiche eingeteilt, so ist auf dem Wahlschein anzugeben, für welchen Wahlbereich er gilt.

(3) <sup>1</sup>Bei verbundenen Wahlen wird für diese unbeschadet des § 16 Abs. 3 nur ein Wahlschein erteilt. <sup>2</sup>Ist die wahlberechtigte Person nicht für jede Wahl wahlberechtigt, so muss dies aus dem Wahlschein hervorgehen.

(4) Für die Gestaltung des Wahlscheins gilt das Muster der **Anlage 4**.

## § 24

### Wahlscheinanträge

(1) <sup>1</sup>Der Wahlschein kann schriftlich oder mündlich bei der Gemeinde beantragt werden. <sup>2</sup>Der Schriftform wird auch durch unterschriebene Fernkopie Genüge getan. <sup>3</sup>Fernmündliche Anträge sind nicht zulässig.

(2) Die beantragende Person muss den Grund für die Erteilung eines Wahlscheins glaubhaft machen.

(3) <sup>1</sup>Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. <sup>2</sup>Bewerberinnen, Bewerber und Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge sind dabei auf den Kreis naher Familienangehöriger beschränkt.

(4) Bei verbundenen Wahlen gilt der Wahlscheinantrag für jede Wahl, für die die beantragende Person wahlberechtigt ist.

(5) <sup>1</sup>Wahlscheine können bis zum zweiten Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beantragt werden. <sup>2</sup>In den Fällen des § 22 Abs. 2 können Wahlscheine noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, beantragt werden. <sup>3</sup>Gleiches gilt, wenn die wahlberechtigte Person schriftlich erklärt, wegen einer plötzlichen Erkrankung den Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen zu können.

(6) Verspätet eingegangene schriftliche Anträge sind unbeschadet des Absatzes 5 Satz 2 un bearbeitet mit den dazugehörigen Briefumschlägen zu verpacken und aufzubewahren, bis ihre Vernichtung zugelassen ist.

## § 25

### Erteilung von Wahlscheinen

(1) Wahlscheine dürfen frühestens am 23. Tag vor der Wahl erteilt werden.

(2) <sup>1</sup>Der Wahlschein muss von der oder dem mit der Erteilung beauftragten Bediensteten eigenhändig unterschrieben werden und mit dem Dienstsiegel versehen sein. <sup>2</sup>Das Dienstsiegel kann eingedruckt werden. <sup>3</sup>Wird der Wahlschein mithilfe automatischer Einrichtungen erstellt, so kann abweichend von Satz 1 die Unterschrift fehlen; in diesem Fall muss der Name der oder des beauftragten Bediensteten eingedruckt werden.

(3) Dem Wahlschein sind folgende amtliche Unterlagen (§ 37) beizufügen:

1. ein Stimmzettel des Wahlbereichs,
2. ein Stimmzettelschlag,
3. ein Wahlbriefumschlag.

(4) <sup>1</sup>Auf dem Wahlbriefumschlag sind anzugeben:

1. die vollständige Anschrift der Gemeindewahlleitung,
2. der für die wahlberechtigte Person zuständige Wahlbereich, wenn im Wahlgebiet mehrere Wahlbereiche bestehen,
3. der Vermerk „Wahlbrief“.

<sup>2</sup>Die Nummer des Wahlscheins kann angegeben werden. <sup>3</sup>Der Wahlbriefumschlag ist von der Gemeinde freizumachen; dies entfällt, wenn die wahlberechtigte Person bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen die Briefwahl nach § 53 Abs. 5 an Ort und Stelle ausübt oder ihr die Briefwahlunterlagen an einen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegenden Ort übersandt werden.

(5) <sup>1</sup>Bei verbundenen Wahlen erhält die wahlberechtigte Person für jede Wahl, für die sie wahlberechtigt ist, einen Stimmzettel, für alle Wahlen aber nur einen Stimmzettelschlag und einen Wahlbriefumschlag. <sup>2</sup>Auf dem Wahlbriefumschlag wird der Wahlbereich der Gemeinde angegeben, wenn das Wahlgebiet der Gemeinde in mehrere Wahlbereiche eingeteilt ist. <sup>3</sup>In Gemeinden mit Ortschaften, in denen eine Ortsvorsteherin oder ein Ortsvorsteher zu bestellen ist, ist auf dem Wahlbriefumschlag zusätzlich die Ortschaft anzugeben.

(6) <sup>1</sup>Wenn bei einer einzelnen Direktwahl oder Stichwahl aus dem Antrag ersichtlich ist, dass die wahlberechtigte Person vor einem Wahlvorstand wählen will, so wird ihr abweichend von Absatz 3 nur der Wahlschein erteilt. <sup>2</sup>Die wahlberechtigte Person kann die in Absatz 3 bezeichneten Unterlagen noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, anfordern.

(7) <sup>1</sup>An eine andere als die wahlberechtigte Person persönlich dürfen der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen nur im Fall einer plötzlichen Erkrankung (§ 24 Abs. 5 Satz 3) ausgehändigt werden, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die Unterlagen der wahlberechtigten Person nicht mehr rechtzeitig übersandt oder amtlich überbracht werden können; Bewerberinnen, Bewerber und Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge sind dabei auf den Kreis naher Familienangehöriger beschränkt. <sup>2</sup>Briefsendungen sind von der Gemeinde freizumachen. <sup>3</sup>Die Gemeinde übersendet der wahlberechtigten Person Wahlschein und Briefwahlunterlagen mit Luftpost, wenn sich aus dem Antrag ergibt, dass sie aus einem außereuropäischen Gebiet wählen will, oder wenn die Verwendung der Luftpost sonst geboten erscheint.

(8) <sup>1</sup>Über die erteilten Wahlscheine führt die Gemeinde ein Verzeichnis, in dem die Fälle des § 22 Abs. 1 und 2 getrennt gehalten werden (allgemeines Wahlscheinverzeichnis). <sup>2</sup>Das Verzeichnis wird handschriftlich oder maschinell als Liste oder als Sammlung der Durchschriften der Wahlscheine geführt. <sup>3</sup>Auf dem Wahlschein wird die Nummer eingetragen, unter der er in dem Verzeichnis vermerkt ist, sowie die Nummer, unter der die wahlberechtigte Person im Wählerverzeichnis geführt wird. <sup>4</sup>Bei nicht in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten wird auf dem Wahlschein vermerkt, dass dessen Einteilung nach § 22 Abs. 2 erfolgt ist. <sup>5</sup>Werden nach Abschluss des Wählerverzeichnisses noch Wahlscheine erteilt, so ist darüber ein besonderes Wahlscheinverzeichnis (zweifach) nach den Sätzen 1 bis 3 zu führen. <sup>6</sup>Ist bei verbundenen Wahlen eine Wahlscheininhaberin oder ein Wahlscheininhaber nicht für jede Wahl wahlberechtigt, so ist das im Wahlscheinverzeichnis zu vermerken.

(9) <sup>1</sup>Ist das Wahlgebiet der Gemeinde in mehrere Wahlbereiche eingeteilt, so ist das allgemeine Wahlscheinverzeichnis nach Wahlbereichen getrennt anzulegen; es kann auch nach Wahlbezirken gegliedert werden. <sup>2</sup>In Gemeinden mit Ortschaften, in denen eine Ortsvorsteherin oder ein Ortsvorsteher zu bestellen ist, ist das allgemeine Wahlscheinverzeichnis zusätzlich getrennt nach Ortschaften anzulegen. <sup>3</sup>Das besondere Wahlscheinverzeichnis ist in der Aufgliederung nach Wahlbezirken zu führen.

(10) <sup>1</sup>Wird eine wahlberechtigte Person, die bereits für die einzelne Direktwahl oder Stichwahl einen Wahlschein erhalten hat, im Wählerverzeichnis gestrichen, so ist der Wahlschein von der Ge-

meinde für ungültig zu erklären. <sup>2</sup>Die Gemeinde führt darüber ein Verzeichnis, in das der Name der wahlberechtigten Person und die Nummer des für ungültig erklärten Wahlscheins aufzunehmen ist; sie hat das Wahlscheinverzeichnis zu berichtigen. <sup>3</sup>Die Gemeinde verständigt die Gemeindewahlleitung, die alle Wahlvorstände des Wahlgebiets über die Ungültigkeit des Wahlscheins unterrichtet. <sup>4</sup>Bei der Direktwahl der Landrätin oder des Landrats verständigt sie außerdem die Kreiswahlleitung, die alle übrigen Wahlvorstände des Wahlgebiets unterrichtet.

(11) Nach Abschluss des Wählerverzeichnisses übergibt die Gemeinde der Gemeindewahlleitung auf schnellstem Weg das Verzeichnis nach Absatz 10 Satz 2 und Nachträge zu diesem Verzeichnis oder eine Mitteilung, dass Wahlscheine nicht für ungültig erklärt worden sind, so rechtzeitig, dass sie dort spätestens am Wahltag vormittags eingehen.

(12) <sup>1</sup>Die Gemeinde übergibt das zweite Exemplar des besonderen Wahlscheinverzeichnisses der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher des zuständigen Wahlbezirks. <sup>2</sup>Sie teilt in Fällen des § 24 Abs. 5 Satz 3 die Ausgabe von Wahlscheinen ergänzend mit.

(13) <sup>1</sup>Bei der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl gilt Absatz 12 Satz 1. <sup>2</sup>Aus diesem Exemplar muss zu ersehen sein, ob die wahlberechtigte Person Briefwahlunterlagen erhalten hat. <sup>3</sup>Die Gemeinde teilt in den Fällen des § 24 Abs. 5 Sätze 2 und 3 die Ausgabe von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ergänzend mit.

(14) Verlorene oder nicht rechtzeitig zugegangene Wahlscheine oder Stimmzettel werden nicht ersetzt.

(15) Für den Ersatz verschriebener oder unbrauchbar gewordener Stimmzettel, die nach Absatz 3 ausgegeben worden sind, gilt § 47 Abs. 7 entsprechend.

## § 26

### Wahlscheine für bestimmte Personengruppen

Die Gemeinde veranlasst am 13. Tag vor der Wahl die Leitungen der Einrichtungen, für die Sonderwahlbezirke gebildet worden sind, die wahlberechtigten Personen, die sich in der Einrichtung befinden oder dort beschäftigt sind und die nicht in das Wählerverzeichnis eines Sonderwahlbezirks eingetragen sind, darauf hinzuweisen, dass sie ihr Wahlrecht nur durch Briefwahl in ihrem zuständigen Wahlbereich ausüben können und sich dafür von der Gemeinde, in deren Wählerverzeichnis sie eingetragen sind, einen Wahlschein mit Briefwahlunterlagen beschaffen müssen.

## § 27

### Vermerk im Wählerverzeichnis

<sup>1</sup>Hat eine wahlberechtigte Person nach § 22 Abs. 1 einen Wahlschein erhalten, so wird im Wählerverzeichnis in der Spalte für den Vermerk über die Stimmabgabe der Sperrvermerk „Wahlschein“ oder „W“ eingetragen. <sup>2</sup>Bei der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl wird bei der Ausgabe von Briefwahlunterlagen der Vermerk „B“ hinzugefügt. <sup>3</sup>Der Vermerk wird bis zum Abschluss des Wählerverzeichnisses durch die Gemeinde, nach diesem Zeitpunkt durch die Wahlvorsteherin oder den Wahlvorsteher eingetragen.

## § 28

### Beschwerde gegen die Versagung eines Wahlscheins

<sup>1</sup>Gegen die Versagung eines Wahlscheins kann Beschwerde bei der Gemeindewahlleitung erhoben werden. <sup>2</sup>Die Gemeindewahlleitung führt die Entscheidung des Gemeindewahlausschusses herbei; in Eilfällen kann sie allein entscheiden. <sup>3</sup>Die Entscheidung ist unverzüglich zu treffen und der Beschwerdeführerin oder dem Beschwerdeführer sowie der Gemeinde mitzuteilen. <sup>4</sup>Sie ist vorbehaltlich einer Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren endgültig; § 10 Abs. 5 KWVG bleibt unberührt.



## Vierter Abschnitt

### Wahlbekanntmachung, Wahlvorschläge, Stimmzettel, Briefwahlunterlagen

#### § 29

##### Einreichung der Wahlvorschläge

(1) <sup>1</sup>Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter macht rechtzeitig vor der Wahl öffentlich bekannt, für welche Parteien die Voraussetzung des § 21 Abs. 10 Satz 1 Nrn. 2 und 3 NKWG zutrifft. <sup>2</sup>Sie oder er fordert die unter § 22 Abs. 1 NKWG fallenden Parteien durch öffentliche Bekanntmachung auf, ihm spätestens am 47. Tag vor der Wahl die Wahlanzeige mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen.

(2) <sup>1</sup>Die Wahlleitung fordert mit der Wahlbekanntmachung nach § 16 NKWG zur möglichst frühzeitigen Einreichung der Wahlvorschläge auf und gibt bekannt, wo und bis zu welchem Zeitpunkt die Wahlvorschläge und Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen eingereicht werden müssen. <sup>2</sup>Sie weist darauf hin, dass Wahlvorschlagsverbindungen für die Direktwahl ausgeschlossen sind. <sup>3</sup>Sie weist weiter auf die Vorschriften über Inhalt und Form der Wahlvorschläge und über die Verbindung von Wahlvorschlägen sowie für die unter § 22 Abs. 1 NKWG fallenden Parteien auf das Erfordernis der Wahlanzeige hin. <sup>4</sup>In der Bekanntmachung soll ferner angegeben sein, für welche Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge die Voraussetzung des § 21 Abs. 10 NKWG zutrifft; dabei wird die Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 1 berücksichtigt. <sup>5</sup>Bei der Direktwahl ist zusätzlich auf den Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl hinzuweisen.

(3) <sup>1</sup>Eine in der Vertretung des Wahlgebiets vertretene Partei oder Wählergruppe kann bei der Wahlleitung die Feststellung des Wahlausschusses beantragen, ob für sie die Voraussetzung des § 21 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 NKWG zutrifft. <sup>2</sup>Die Feststellung trifft der Wahlausschuss unverzüglich. <sup>3</sup>Sie ist vorbehaltlich einer Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren endgültig; § 10 Abs. 5 NKWG bleibt unberührt.

(4) <sup>1</sup>Eine Einzelbewerberin oder ein Einzelbewerber kann bei der Wahlleitung die Feststellung des Wahlausschusses beantragen, ob für sie oder ihn die Voraussetzung des § 21 Abs. 10 Satz 2 NKWG zutrifft. <sup>2</sup>Absatz 3 Sätze 2 und 3 gilt entsprechend.

#### § 30

##### Inhalt und Form der Wahlvorschläge

(1) <sup>1</sup>Der Wahlvorschlag für die Vertretung soll nach dem Muster der **Anlage 5** eingereicht werden. <sup>2</sup>Er muss die in § 21 Abs. 6 NKWG bezeichneten Angaben über die Personalien einer jeden Bewerberin oder eines jeden Bewerbers, den Namen der Partei oder das Kennwort der Wählergruppe und gegebenenfalls deren Kurzbezeichnung sowie das Wahlgebiet und den Wahlbereich enthalten. <sup>3</sup>Die Namen der Bewerberinnen und Bewerber müssen in der nach § 24 Abs. 1 Satz 1 NKWG bestimmten Reihenfolge aufgeführt sein. <sup>4</sup>Neben dem Namen der Partei sind außer dessen Kurzbezeichnung keine Zusätze (zum Beispiel Angabe des örtlich zuständigen Parteiorgans) zulässig. <sup>5</sup>Das Gleiche gilt für das Kennwort einer Wählergruppe.

(2) <sup>1</sup>Der Wahlvorschlag für die Direktwahl soll nach dem Muster der Anlage 5 a eingereicht werden. <sup>2</sup>Absatz 1 Sätze 2, 4 und 5 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Der Wahlvorschlag soll Namen und Anschrift der Vertrauenspersonen enthalten. <sup>2</sup>Es ist zulässig, als Vertrauensperson eine Bewerberin oder einen Bewerber zu benennen.

(4) Unterschriften Wahlberechtigter (§ 21 Abs. 9 NKWG) sind auf amtlichen Formblättern nach dem Muster der **Anlage 6** oder **6 a** unter Beachtung folgender Vorschriften zu erbringen:

1. Die Formblätter sollen nicht vor der Bekanntmachung des Wahltermins ausgegeben werden. Sie werden auf Anforderung von der Wahlleitung kostenfrei geliefert. Bei der Anforderung sind der Name der einreichenden Partei oder das Kennwort der einreichenden Wählergruppe und, sofern

sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, oder der Name der einreichenden Einzelbewerberin oder des einreichenden Einzelbewerbers anzugeben. Parteien und Wählergruppen haben ferner zu bestätigen, dass die Bewerberinnen und Bewerber bereits nach § 24 Abs. 1 NKWG aufgestellt worden sind. Die Wahlleitung hat die in Satz 3 genannten Angaben im Kopf der Formblätter zu vermerken und die Ausgabe der Formblätter zu bescheinigen.

2. Die Wahlberechtigten, die einen Wahlvorschlag unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt und Anschrift der Unterzeichnerin oder des Unterzeichners anzugeben.
3. Für jede Unterzeichnerin und jeden Unterzeichner ist auf dem Formblatt nach dem Muster der Anlage 6 oder **6 a** oder gesondert nach dem Muster der **Anlage 7** eine Bescheinigung der Gemeinde beizufügen, dass sie oder er für die Wahl der Vertretung in dem Wahlbereich, für den der Wahlvorschlag aufgestellt ist, für die Direktwahl hingegen im Wahlgebiet wahlberechtigt ist. Wer für eine andere Person eine Bescheinigung des Wahlrechts beantragt, muss nachweisen, dass die betreffende Person den Wahlvorschlag unterstützt.

4. Für Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen dürfen Unterschriften erst nach Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber gesammelt werden. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

(5) <sup>1</sup>Dem Wahlvorschlag sind beizufügen

1. die Erklärung einer jeden Bewerberin oder eines jeden Bewerbers nach dem Muster der **Anlage 8** oder **8 a**, dass sie oder er der Aufstellung zustimmt und

a) beim Wahlvorschlag für die Gemeindewahl:

dass sie oder er für keinen weiteren Wahlvorschlag für die Gemeindewahl,

b) beim Wahlvorschlag für die Kreiswahl:

dass sie oder er für keinen weiteren Wahlvorschlag für die Kreiswahl,

c) beim Wahlvorschlag für die Direktwahl:

dass sie oder er für keinen weiteren Wahlvorschlag einer Direktwahl

ihre oder seine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber gegeben hat; Entsprechendes gilt für andere Wahlen,

2. für jede sich bewerbende nichtdeutsche Unionsbürgerin und für jeden sich bewerbenden nichtdeutschen Unionsbürger zugleich mit der Zustimmungserklärung (Nummer 1) nach dem Muster der **Anlage 9** oder **9 a** eine Versicherung an Eides statt

a) über ihre oder seine Staatsangehörigkeit und darüber, dass die Staatsangehörigkeit des Herkunftsmitgliedstaates am Wahltag seit mindestens einem Jahr besteht,

b) darüber, dass sie oder er weder durch Richterspruch nach deutschem Recht noch nach dem Recht des Herkunftsmitgliedstaates von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist und

c) für die Wahl der Vertretung, seit wann im Wahlgebiet ein Wohnsitz begründet worden ist, wenn nach den melderechtlichen Vorschriften eine Meldepflicht nicht besteht,

3. für jede Bewerberin und jeden Bewerber eine Bescheinigung der zuständigen Gemeinde über die Wählbarkeit nach dem Muster der **Anlage 10** oder **10 a**,

4. eine Ausfertigung der Niederschrift über die Bestimmung der Bewerberinnen und Bewerber und für die Wahl der Vertretung auch über ihre Reihenfolge nach § 24 NKWG und dem Muster der **Anlage 11** oder **11 a**,

5. bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen eine Versicherung an Eides statt nach § 24 Abs. 3 Satz 2 NKWG und dem Muster der **Anlage 12**,
6. bei Wahlvorschlägen für die Gemeindewahl und die Direktwahl, deren Bewerberinnen und Bewerber nach § 24 Abs. 1 Satz 4 oder 5 NKWG bestimmt worden sind, eine Bescheinigung des für das Wahlgebiet zuständigen Parteiorgans, dass in der Gemeinde keine Parteiorganisation vorhanden ist,
7. für jede Bewerberin oder jeden Bewerber, die oder der der Partei angehört, eine Bescheinigung des für das Wahlgebiet zuständigen Parteiorgans über die Parteimitgliedschaft,
8. für jede Bewerberin oder jeden Bewerber, die oder der der Partei nicht angehört, eine von ihr oder ihm unterzeichnete Erklärung, dass sie oder er parteilos ist,
9. die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften nebst Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner (Absatz 4 Nrn. 2 und 3), sofern Unterstützungsunterschriften beizubringen sind.

<sup>2</sup>Die Unterlagen nach Satz 1 Nrn. 6 bis 8 entfallen für Wahlvorschläge von Wählergruppen, die Unterlagen nach Satz 1 Nrn. 4 bis 8 für Einzelwahlvorschläge. <sup>3</sup>Bei Zweifeln an der Richtigkeit der Versicherung an Eides statt nach Satz 1 Nr. 2 Buchst. a und b kann die Wahlleitung die Vorlage einer Auskunft der zuständigen Behörden verlangen.

(6) <sup>1</sup>Wahlrecht und Wählbarkeit (Absatz 4 Nr. 3 und Absatz 5 Satz 1 Nr. 3) werden kostenfrei bescheinigt. <sup>2</sup>Die Gemeinde darf für jede wahlberechtigte Person die Bescheinigung des Wahlrechts nur jeweils einmal für einen Wahlvorschlag für jede Wahl erteilen; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. <sup>3</sup>Wer für eine andere Person die Bescheinigung der Wählbarkeit einholt, muss auf Verlangen nachweisen, dass er dazu berechtigt ist.

(7) Für die Wahl der Vertretung können die Bescheinigungen und Erklärungen nach Absatz 5 Satz 1 Nrn. 1, 3, 7 und 8 für mehrere Bewerberinnen und Bewerber zusammengefasst werden.

(8) <sup>1</sup>Das für das Wahlgebiet zuständige Parteiorgan kann für die Unterzeichnung des Wahlvorschlags eine Bevollmächtigte oder einen Bevollmächtigten bestimmen. <sup>2</sup>Die Vollmacht ist dem Wahlvorschlag beizufügen. <sup>3</sup>Sie gilt, wenn nicht ausdrücklich anders bestimmt, auch für die Bescheinigungen nach Absatz 5 Satz 1 Nrn. 6 und 7.

(9) Für Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen gilt Absatz 8 Sätze 1 und 2 entsprechend.

### § 31

#### Vertrauenspersonen

(1) <sup>1</sup>Die Vertrauenspersonen (§ 21 Abs. 11 NKWG) sind, jeweils für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen. <sup>2</sup>Die besonders bestimmten Zuständigkeiten anderer Stellen im Zusammenhang mit der Einreichung des Wahlvorschlags bleiben unberührt.

(2) In Fällen des § 30 Abs. 8 gilt die oder der Bevollmächtigte der Partei als Vertrauensperson, wenn im Wahlvorschlag keine Vertrauenspersonen angegeben sind.

### § 32

#### Wahlanzeige

(1) <sup>1</sup>Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter vermerkt auf jeder Wahlanzeige (§ 22 NKWG) den Tag des Eingangs und prüft unverzüglich, ob der Anzeige die notwendigen Unterlagen beigelegt sind. <sup>2</sup>Stellt sie oder er Mängel fest, so ist die anzeigende Vereinigung sofort zu benachrichtigen und aufzufordern, die Mängel rechtzeitig zu beseitigen. <sup>3</sup>Nach der Feststellung gemäß § 22 Abs. 2 NKWG ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

tigen und aufzufordern, die Mängel rechtzeitig zu beseitigen. <sup>3</sup>Nach der Feststellung gemäß § 22 Abs. 2 NKWG ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

(2) <sup>1</sup>Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter lädt die Vereinigungen, die eine Wahlanzeige eingereicht haben, zu der Sitzung, in der über ihre Anerkennung als Partei für die Wahl entschieden wird. <sup>2</sup>Sie oder er legt dem Landeswahlausschuss die eingegangenen Wahlanzeigen vor und berichtet über das Ergebnis der Vorprüfung nach Absatz 1. <sup>3</sup>Vor der Beschlussfassung des Landeswahlausschusses sind die erschienenen Beteiligten zu hören.

(3) <sup>1</sup>Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter verkündet die Feststellung des Landeswahlausschusses nach § 22 Abs. 2 NKWG im Anschluss an die Beschlussfassung unter kurzer Angabe der Gründe und macht sie öffentlich bekannt. <sup>2</sup>Über die Sitzung wird eine Niederschrift angefertigt.

### § 33

#### Rücktritt von Bewerberinnen oder Bewerbern, Änderung und Zurückziehung von Wahlvorschlägen, Zurückziehung von Wahlvorschlagsverbindungen

(1) Tritt eine Bewerberin oder ein Bewerber eines eingereichten Wahlvorschlags von der Bewerbung zurück (§ 25 NKWG), so unterrichtet die Wahlleitung eine Vertrauensperson des Wahlvorschlags unverzüglich.

(2) Für eine Erklärung über die Änderung oder Zurückziehung eines Wahlvorschlags (§ 26 Abs. 1 NKWG) gilt § 30 sinngemäß.

(3) Für die Zurückziehung von Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen (§ 26 Abs. 2 NKWG) gilt § 30 Abs. 8 Sätze 1 und 2 entsprechend.

### § 34

#### Vorprüfung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen

(1) <sup>1</sup>Die Wahlleitung vermerkt auf jedem Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs. <sup>2</sup>Sie prüft unverzüglich, ob die eingegangenen Wahlvorschläge vollständig sind und den Erfordernissen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und dieser Verordnung entsprechen. <sup>3</sup>Stellt sie bei der Prüfung eines rechtzeitig eingegangenen Wahlvorschlags Mängel fest, so verfährt sie nach § 27 Abs. 1 Satz 2 NKWG. <sup>4</sup>Die Aufforderung zur Beseitigung der Mängel ist aktenkundig zu machen.

(2) <sup>1</sup>Ist der Wahlvorschlag von einer Vereinigung eingereicht worden, für die die Feststellung des Landeswahlausschusses über die Anerkennung als Partei (§ 22 Abs. 2 NKWG) nicht vorliegt, so weist die Wahlleitung eine Vertrauensperson darauf hin, dass für diesen Wahlvorschlag ein Kennwort (§ 21 Abs. 6 Nr. 3 NKWG) anzugeben ist, wenn er als Wahlvorschlag einer Wählergruppe zugelassen werden soll. <sup>2</sup>Das Kennwort muss bis zur Entscheidung über die Zulassung des Wahlvorschlags angegeben sein.

(3) <sup>1</sup>Wird der Gemeindewahlleitung bekannt, dass eine für die Gemeindewahl vorgeschlagene Bewerberin oder ein für die Gemeindewahl vorgeschlagener Bewerber noch in einer anderen Gemeinde vorgeschlagen worden ist, so weist sie die Gemeindewahlleitung der anderen Gemeinde auf die Doppelbewerbung hin. <sup>2</sup>Die Kreiswahlleitung verfährt entsprechend, wenn ihr eine Doppelbewerbung für die Kreiswahl bekannt wird. <sup>3</sup>Die Sätze 1 und 2 gelten für Doppelbewerbungen gemäß § 45 d Abs. 3 Satz 1 NKWG und für andere Wahlen entsprechend.

(4) Für die Vorprüfung der Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass bei Mängeln in den Erklärungen nach § 27 Abs. 1 Satz 3 NKWG zu verfahren ist.

## § 35

## Zulassung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen

(1) Die Wahlleitung lädt jeweils eine Vertrauensperson der Wahlvorschläge und die Unterzeichnerinnen oder Unterzeichner der Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen zu der Sitzung, in der über die Zulassung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen entschieden wird.

(2) Die Wahlleitung legt dem Wahlausschuss die eingegangenen Wahlvorschläge und Erklärungen über Wahlvorschlagsverbindungen vor und berichtet ihm über das Ergebnis der Vorprüfung.

(3) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen nach den Vorschriften des § 28 Abs. 1 bis 6 NKWG. <sup>2</sup>Weist ein Wahlvorschlag oder eine Erklärung über Wahlvorschlagsverbindungen Mängel auf, so ist § 27 Abs. 2 und 3 NKWG zu beachten. <sup>3</sup>Vor einer Entscheidung ist einer der erschienenen Vertrauenspersonen des betroffenen Wahlvorschlags und den erschienenen Unterzeichnerinnen oder Unterzeichnern von Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) <sup>1</sup>Bewerberinnen oder Bewerber, für die nach § 28 Abs. 3 NKWG die Zulassung versagt wird, werden im Wahlvorschlag gestrichen. <sup>2</sup>Werden alle Bewerberinnen und Bewerber eines Wahlvorschlags gestrichen, so wird der Wahlvorschlag nicht zugelassen.

(5) <sup>1</sup>Geben die Parteibezeichnungen oder Kennworte mehrerer Wahlvorschläge oder deren Kurzbezeichnungen zu Verwechslungen Anlass, so fügt der Wahlausschuss einem oder mehreren der Wahlvorschläge eine Unterscheidungsbezeichnung bei. <sup>2</sup>Trifft bei verbundenen Wahlen der Kreiswahlausschuss eine Unterscheidungsregelung nach Satz 1, so gilt diese auch für die Gemeindewahlen und andere Wahlen im Landkreis.

(6) <sup>1</sup>Ist der Wahlvorschlag einer Wählergruppe mit einem Kennwort eingereicht worden, aus dem nicht hervorgeht, dass es sich um eine Wählergruppe im Wahlgebiet handelt (§ 21 Abs. 6 Nr. 3 NKWG), so erweitert der Wahlausschuss das Kennwort durch einen Zusatz, der dieser Anforderung entspricht. <sup>2</sup>Sind in dem Kennwort des Wahlvorschlags einer Wählergruppe Namen oder Kurzbezeichnungen von Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes enthalten, so werden diese gestrichen, es sei denn, dass eine Vertrauensperson des Wahlvorschlags der Wählergruppe nach entsprechender Aufforderung rechtzeitig eine Erklärung zur Änderung des Kennworts abgibt.

(7) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss stellt die zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl der Vertretung in der in § 30 Abs. 1 vorgeschriebenen Form mit der maßgebenden Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber und für die Direktwahl in der in § 30 Abs. 2 vorgeschriebenen Form fest. <sup>2</sup>Er stellt ferner die für die Wahl der Vertretung zugelassenen Wahlvorschlagsverbindungen fest.

(8) Die Wahlleitung verkündet die Entscheidung des Wahlausschusses im Anschluss an die Beschlussfassung unter kurzer Angabe der Gründe und weist darauf hin, dass die Entscheidung vorbehaltlich einer Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren endgültig ist; § 10 Abs. 5 NKWG bleibt unberührt.

(9) <sup>1</sup>Über die Sitzung wird eine Niederschrift nach dem Muster der **Anlage 13** oder **13 a** angefertigt. <sup>2</sup>Der Niederschrift sind die zugelassenen Wahlvorschläge in der vom Wahlausschuss festgestellten Form beizufügen.

## § 36

## Bekanntmachung der Wahlvorschläge und Wahlvorschlagsverbindungen

(1) <sup>1</sup>Die Wahlleitung ordnet die für die Wahl der Vertretung zugelassenen Wahlvorschläge unter fortlaufenden Nummern in der nach § 37 Abs. 2 maßgebenden Reihenfolge und macht sie unverzüglich öffentlich bekannt. <sup>2</sup>Die Bekanntmachung enthält für jeden Wahlvorschlag die in § 37 Abs. 1 bezeichneten Angaben; außerdem ist das Geburtsjahr der Bewerberinnen und Bewerber anzugeben. <sup>3</sup>Sie enthält ferner die zugelassenen Wahlvorschlagsverbindungen in der Reihenfolge nach § 37 Abs. 3.

(3) Die Kreiswahlleitung und die Gemeindewahlleitung der kreisfreien Stadt teilen für die Wahl der Vertretung ihres Wahlgebiets der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter nach dem Muster der **Anlage 14** unverzüglich mit

1. die Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge, aufgegliedert nach den Wahlvorschlägen der einzelnen Parteien und Wählergruppen sowie der Gesamtheit der Einzelwahlvorschläge,
2. die Zahlen der auf den zugelassenen Wahlvorschlägen benannten Bewerberinnen und Bewerber, aufgegliedert nach den Wahlvorschlägen der einzelnen Parteien und Wählergruppen sowie der Gesamtheit der Einzelwahlvorschläge,
3. die Zahl der zugelassenen Wahlvorschlagsverbindungen, aufgegliedert nach den beteiligten Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschlägen.

(4) Für die Mitteilung der für die Direktwahl zugelassenen Wahlvorschläge nach dem Muster der Anlage 14 a gilt Absatz 3 Nr. 1 entsprechend.

(5) Die Gemeindewahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde teilt die in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Angaben unverzüglich der Kreiswahlleitung mit.

(6) Die Kreiswahlleitung teilt der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter für die zum Landkreis gehörenden Gemeinden nach dem Muster der **Anlage 15** unverzüglich mit

1. die Zahl der Gemeinden, in denen die Gemeindewahl stattfindet,
2. die Zahlen der zugelassenen Wahlvorschläge und der auf ihnen benannten Bewerberinnen und Bewerber, aufgegliedert nach den Wahlvorschlägen der einzelnen Parteien, der Gesamtheit der Wählergruppen und der Gesamtheit der Einzelwahlvorschläge,
3. die Zahl der zugelassenen Wahlvorschlagsverbindungen, aufgegliedert nach den beteiligten Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschlägen,
4. die Zahl der Gemeinden, in denen die Gemeindewahl unterbleibt, weil in den letzten zwölf Monaten vor Ablauf der allgemeinen Wahlperiode eine einzelne Neuwahl oder eine Wiederholungswahl stattgefunden hat.

## § 37

## Stimmzettel und Briefwahlunterlagen für die Wahl der Vertretung

(1) <sup>1</sup>Der Stimmzettel enthält nach dem Muster der **Anlage 16 oder 17** die für den Wahlbereich zugelassenen Wahlvorschläge. <sup>2</sup>Wahlvorschläge von Parteien tragen als Überschrift die Parteibezeichnung, Wahlvorschläge von Wählergruppen das Kennwort; sofern Parteien oder Wählergruppen eine Kurzbezeichnung verwenden, wird auch diese aufgeführt. <sup>3</sup>Einzelwahlvorschläge tragen die Bezeichnung „Einzelwahlvorschlag“ und den Familiennamen der Einzelbewerberin oder des Einzelbewerbers; bei Gleichheit der Familiennamen von Einzelbewerberinnen oder Einzelbewerbern wird zur Unterscheidung der Vorname oder ein sonst geeigneter Zusatz hinzugefügt. <sup>4</sup>Die Bewerberinnen und Bewerber eines jeden Wahlvorschlags werden in der zugelassenen Reihenfolge mit Familiennamen, Vornamen, Beruf, Wohnort und Wohnung aufgeführt; auf den Stimmzetteln für die Gemeinden kann die Angabe des Wohnorts unterbleiben. Jede Bewerberin, jeder Bewerber und jede Liste (Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe in seiner Gesamtheit) erhält auf dem Stimmzettel ein abgegrenztes Feld gleicher Größe und drei gleich große Kreise für die Stimmabgabe.

(2) <sup>1</sup>Die Reihenfolge der Wahlvorschläge richtet sich nach § 29 Abs. 3 bis 5 NKWG. <sup>2</sup>In dieser Reihenfolge werden die Wahlvorschläge unter fortlaufenden Nummern (Wahlvorschlagsnummern) aufgeführt. <sup>3</sup>Dabei gelten folgende Regelungen:

1. Die ersten Wahlvorschlagsnummern erhalten die Wahlvorschläge der in § 29 Abs. 3 Satz 1 NKWG bezeichneten Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge in der Reihenfolge der

Stimmenzahlen bei der letzten Wahl der Vertretung. Ihnen schließen sich die übrigen Wahlvorschläge in der alphabetischen Folge der Parteibezeichnung, der Kennwörter der Wählergruppen und der Familiennamen der Einzelwahlvorschläge an.

2. Bei verbundenen Wahlen erhalten die Wahlvorschläge der an der Kreiswahl teilnehmenden Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge die Wahlvorschlagsnummern nach Nummer 1 auch für die Gemeindewahl in allen zum Landkreis gehörenden Gemeinden; die Kreiswahlleitung teilt den Gemeindewahlleitungen diese Wahlvorschlagsnummern rechtzeitig mit. Die folgenden Wahlvorschlagsnummern für die Gemeindewahl erhalten zunächst die sonstigen in § 29 Abs. 3 Satz 1 NKWG bezeichneten Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge in der Reihenfolge der Stimmenzahlen bei der letzten Wahl des Rats der Gemeinde, anschließend die übrigen Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge in alphabetischer Reihenfolge (Nummer 1 Satz 2).
3. Die Wahlvorschlagsnummern gelten einheitlich im Wahlgebiet. Für den Stimmzettel eines Wahlbereichs fallen die Wahlvorschlagsnummern derjenigen Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge aus, für die in diesem Wahlbereich ein Wahlvorschlag nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden ist. Satz 2 gilt für die Gemeindewahl in kreisangehörigen Gemeinden auch hinsichtlich der in Nummer 2 Satz 1 bezeichneten Wahlvorschlagsnummern.

(3) <sup>1</sup>Die für das Wahlgebiet zugelassenen Wahlvorschlagsverbindungen sind auf dem Stimmzettel unter Angabe der beteiligten Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge aufzuführen. <sup>2</sup>Die Reihenfolge der Wahlvorschlagsverbindungen richtet sich nach den Wahlvorschlagsnummern (Absatz 2); dabei ist jeweils die niedrigste Wahlvorschlagsnummer maßgebend, die eine an der Wahlvorschlagsverbindung beteiligte Partei oder Wählergruppe oder ein an ihr beteiligter Einzelwahlvorschlag führt.

(4) <sup>1</sup>Die Stimmzettel sind aus undurchsichtigem Papier. <sup>2</sup>Sie müssen einseitig bedruckt und in jedem Wahlbezirk von gleicher Farbe und Beschaffenheit sein. <sup>3</sup>Für repräsentative Wahlstatistiken und wahlstatistische Auszählungen können Unterscheidungsbezeichnungen aufgedruckt werden. <sup>4</sup>Bei verbundenen Wahlen müssen die Stimmzettel für jede Wahl aus jeweils andersfarbigem Papier sein; die Kreiswahlleitung teilt den Gemeindewahlleitungen der zum Landkreis gehörenden Gemeinden rechtzeitig die Papierfarbe der Stimmzettel für die Kreiswahl mit; Entsprechendes gilt für andere Wahlen.

(5) <sup>1</sup>Bei der Briefwahl werden Stimmzettelumschläge und Wahlbriefumschläge verwendet, die amtlich beschafft werden. <sup>2</sup>Die Stimmzettelumschläge und die Wahlbriefumschläge müssen undurchsichtig und durch Klebung verschließbar sein. <sup>3</sup>Der Stimmzettelumschlag muss groß genug sein, um den Stimmzettel, bei verbundenen Wahlen alle Stimmzettel, in gefaltetem Zustand aufzunehmen. <sup>4</sup>Der Wahlbriefumschlag muss größer sein als der Stimmzettelumschlag. <sup>5</sup>Die Umschläge müssen innerhalb einer Gemeinde einheitlich sein. <sup>6</sup>Im Übrigen gelten die Muster der **Anlagen 18 und 19**.

(6) <sup>1</sup>Die Wahlleitung weist der Gemeinde die Stimmzettel, Stimmzettelumschläge und Wahlbriefumschläge zu. <sup>2</sup>Bei verbundenen Wahlen obliegt die Zuweisung der Stimmzettelumschläge und der Wahlbriefumschläge den Gemeindewahlleitungen. <sup>3</sup>Ausgabe und Empfang der Stimmzettel sind von der Herstellung bis zur Ausgabe an die Wahlvorsteherinnen und Wahlvorsteher oder an die Wahlscheininhaberinnen oder Wahlscheininhaber nachzuweisen.

## § 38

### Stimmzettel und Briefwahlunterlagen für die Direktwahl

(1) <sup>1</sup>Der Stimmzettel enthält nach den Mustern der Anlagen 20 und 21 die zugelassenen Wahlvorschläge. <sup>2</sup>Die Wahlvorschläge werden untereinander, bei der Zulassung von nur zwei Wahlvorschlägen nebeneinander von links nach rechts, in der Reihenfolge nach § 29 Abs. 3 NKWG aufgeführt. <sup>3</sup>Unter den Angaben der Bewerberin oder des Bewerbers wird jeweils der Name des Wahlvorschlagsträgers, bei Parteien die Parteibezeichnung, bei einer Wählergruppe das Kennwort aufgeführt; sofern Parteien oder Wählergruppen eine Kurzbezeichnung verwenden, wird auch diese aufgeführt. <sup>4</sup>Bei einem Einzelwahlvorschlag wird die Bezeichnung „Einzelwahlvorschlag“ und der Familienname der Einzelbewerberin oder des Einzelbewerbers aufgeführt. <sup>5</sup>Jede Bewerberin oder jeder Bewerber erhält auf dem Stimmzettel ein abgegrenztes Feld gleicher Größe und jeweils einen gleich großen

Kreis für die Stimmabgabe. <sup>6</sup>Nimmt nur eine Bewerberin oder ein Bewerber an der Wahl teil, so ist der Stimmzettel gemäß § 45 e Satz 2 NKWG und dem Muster der **Anlage 22** zu gestalten.

(2) <sup>1</sup>Auf dem Stimmzettel für die Stichwahl werden die beiden Bewerberinnen oder Bewerber nebeneinander von links nach rechts in der Reihenfolge nach § 29 Abs. 3 NKWG und dem Muster der Anlage 21 aufgeführt. <sup>2</sup>Absatz 1 Sätze 3 bis 5 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Nimmt nur eine Bewerberin oder ein Bewerber an der Stichwahl teil, gilt Absatz 1 Satz 6 entsprechend.

(3) Im Übrigen gilt § 37 Abs. 4 bis 6 entsprechend.

## § 39

### Wahlbekanntmachung der Gemeinde

(1) <sup>1</sup>Die Gemeinde macht spätestens am sechsten Tag vor der Wahl Beginn und Ende der Wahlzeit sowie die Wahlbezirke und die Wahlräume öffentlich bekannt. <sup>2</sup>Anstelle der Aufzählung der Wahlbezirke mit ihrer Abgrenzung und ihren Wahlräumen kann auf die Angaben in der Wahlbenachrichtigung verwiesen werden. <sup>3</sup>In der Bekanntmachung weist die Gemeinde für die Wahl der Vertretung darauf hin,

1. dass jede wählende Person drei Stimmen hat; bei verbundenen Wahlen drei Stimmen für jede Wahl,
2. dass die Stimmzettel amtlich hergestellt und im Wahlraum bereitgehalten werden,
3. dass der Stimmzettel die im Wahlbereich zugelassenen Wahlvorschläge und die zugelassenen Wahlvorschlagsverbindungen enthält,
4. dass die wählende Person
  - a) die Wahlvorschläge, denen sie ihre Stimmen geben will, durch Ankreuzen oder in sonstiger Weise zweifelsfrei kennzeichnen muss,
  - b) einer Liste (Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe in seiner Gesamtheit), einer Listenbewerberin oder einem Listenbewerber (Bewerberin oder Bewerber in dem Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe) oder einem Einzelwahlvorschlag bis zu drei Stimmen geben kann,
  - c) ihre Stimmen verschiedenen Listen geben kann,
  - d) ihre Stimmen auch verschiedenen Bewerberinnen und Bewerbern derselben Liste geben kann, ohne an die Reihenfolge innerhalb der Liste gebunden zu sein,
  - e) ihre Stimmen Bewerberinnen und Bewerbern verschiedener Listen und Einzelwahlvorschlägen geben kann,
5. dass die wählende Person sich auf Verlangen des Wahlvorstands über ihre Person auszuweisen hat,
6. dass die wählende Person, die keinen Wahrschein besitzt, ihre Stimme nur in dem für sie zuständigen Wahlraum abgeben kann,
7. dass die wählende Person, die einen Wahrschein besitzt, an der Wahl nur durch Briefwahl teilnehmen kann,
8. in welcher Weise die Briefwahl ausgeübt wird,
9. dass die Wahl öffentlich ist und jedermann zum Wahlraum Zutritt hat, soweit das ohne Störung des Wahlgeschäfts möglich ist,

10. dass nach den Vorschriften des Strafgesetzbuchs bestraft wird, wer unbefugt wählt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Wahl herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht.

(2) Findet mit der Wahl der Vertretung eine Direktwahl statt, so weist die Gemeinde zusätzlich auf die Möglichkeit und den Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl und darauf hin, dass jede wählende Person für die Direktwahl nur eine Stimme hat.

(3) <sup>1</sup>Für die Bekanntmachung der einzelnen Direktwahl gelten Absatz 1 Sätze 1 bis 3 Nrn. 2, 4 Buchst. a, Nrn. 5 und 6, 8 bis 10 und Absatz 2 entsprechend. <sup>2</sup>Die Gemeinde weist außerdem darauf hin, dass

1. der Stimmzettel die im Wahlgebiet zugelassenen Wahlvorschläge enthält,
2. die wählende Person, die einen Wahlschein besitzt, an der Wahl durch Briefwahl oder durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlgebiets teilnehmen kann.

(4) <sup>1</sup>Die Bekanntmachung der Stichwahl hat unverzüglich nach Feststellung des Wahlergebnisses der ersten Wahl zu erfolgen; Absatz 3 gilt entsprechend. <sup>2</sup>Die Gemeinde weist außerdem darauf hin, dass

1. Wahlberechtigte, die für die erste Wahl eine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, keine neue Wahlbenachrichtigung für die Stichwahl erhalten,
2. nicht im Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte, die für die Wahl einen Wahlschein nach § 22 Abs. 2 erhalten haben, von Amts wegen, sowie Personen, die erst für die Stichwahl wahlberechtigt sind, auf Antrag einen Wahlschein für die Stichwahl erhalten (§ 45 h Abs. 1 NKWG) ,
3. die Übersendung von Briefwahlunterlagen ausgeschlossen ist, wenn die Voraussetzungen des § 45 h Abs. 2 Satz 1 NKWG vorliegen,
4. Wahlscheine nach den allgemeinen Vorschriften beantragt werden können, sofern der Antrag nicht bereits im Zusammenhang mit der ersten Wahl gestellt worden ist.

(5) <sup>1</sup>Ein Abdruck der Wahlbekanntmachung ist vor Beginn der Wahlhandlung am oder im Eingang des Gebäudes, in dem sich der Wahlraum befindet, anzubringen. <sup>2</sup>Dem Abdruck ist der für den Wahlbereich maßgebende Stimmzettel beizufügen, bei verbundenen Wahlen je ein Stimmzettel für jede Wahl. <sup>3</sup>Diese Stimmzettel müssen durch Aufdruck oder Überschrift deutlich als Muster gekennzeichnet sein.

#### Vierter Teil

#### Wahlhandlung

#### Erster Abschnitt

#### Allgemeine Vorschriften

#### § 40

#### Ausstattung des Wahlvorstands

Die Gemeinde übergibt der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher eines jeden Wahlbezirks vor Beginn der Wahlhandlung

1. das Wählerverzeichnis,
2. das besondere Wahlscheinverzeichnis (§ 25 Abs. 8 Satz 5),
3. Stimmzettel in genügender Zahl,

4. Vordrucke der Wahl Niederschrift und der Zählliste,
5. Vordruck der Schnellmeldung,
6. Abdrucke des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung, die die Anlagen nicht zu enthalten braucht,
7. Abdruck der Wahlbekanntmachung,
8. Verschlussmaterial für die Wahlurne,
9. Verpackungs- und Siegelmaterial zum Verpacken der Stimmzettel und im Fall der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl zum Verpacken der Wahlscheine.

#### § 41

#### Wahlzellen

(1) <sup>1</sup>In jedem Wahlraum richtet die Gemeinde eine oder mehrere Wahlzellen mit Tischen ein, in denen die wählende Person ihren Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen kann. <sup>2</sup>Als Wahlzelle kann auch ein nur durch den Wahlraum zugänglicher Nebenraum dienen, wenn dessen Eingang vom Wahlzelle aus übersehen werden kann.

(2) In der Wahlzelle soll ein nicht radierfähiger Schreibstift bereitliegen.

#### § 42

#### Wahlurnen

(1) Die von den wählenden Personen abgegebenen Stimmzettel werden in Wahlurnen gesammelt.

(2) <sup>1</sup>Die Wahlurne muss mit einem Deckel versehen sein. <sup>2</sup>Ihre innere Höhe soll in der Regel 90 cm, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden mindestens 35 cm betragen. <sup>3</sup>Im Deckel muss die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 cm sein darf. <sup>4</sup>Sie muss verschließbar sein.

(3) Für die Stimmabgabe in Sonderwahlbezirken können kleinere Wahlurnen verwendet werden.

(4) Die Wahlurnen werden von der Gemeinde beschafft.

#### § 43

#### Wahlzettel

<sup>1</sup>Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, muss von allen Seiten zugänglich sein. <sup>2</sup>An oder auf diesen Tisch wird die Wahlurne gestellt.

#### § 44

#### Eröffnung der Wahlhandlung

(1) <sup>1</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher eröffnet die Wahlhandlung damit, dass sie oder er die weiteren Mitglieder zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten, verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet. <sup>2</sup>Falls es erforderlich ist, ersetzt sie oder er fehlende Mitglieder durch anwesende Wahlberechtigte (§ 7 Abs. 9), die sie oder er ebenfalls nach Satz 1 verpflichtet.

(2) <sup>1</sup>Vor Beginn der Stimmabgabe berichtigt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher das Wählerverzeichnis nach dem besonderen Wahlscheinverzeichnis (§ 25 Abs. 8 Satz 5), indem sie oder er bei den in diesem Verzeichnis aufgeführten Wahlberechtigten in der für den Stimmabgabevermerk vorgesehenen Spalte des Wählerverzeichnisses den Vermerk „W“, im Fall der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl die Vermerke „W“ oder „WB“ einträgt. <sup>2</sup>Sie oder er berichtigt dementsprechend die Abschlussbescheinigung des Wählerverzeichnisses und bescheinigt die Berichtigung. <sup>3</sup>Bei einer ergänzenden Mitteilung der Gemeinde über die Ausstellung von Wahlscheinen nach § 25 Abs. 12 Satz 2 oder die Ausgabe von Briefwahlunterlagen nach § 25 Abs. 13 Satz 3 gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand überzeugt sich vor Beginn der Stimmabgabe davon, dass die Wahlurne leer ist. <sup>2</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher verschließt die Wahlurne. <sup>3</sup>Sie darf bis zum Schluss der Wahlhandlung nicht mehr geöffnet werden.

#### § 45

##### Öffentlichkeit der Wahl

Während der Wahlhandlung und der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses hat jedermann zum Wahlraum Zutritt, soweit das ohne Störung des Wahlgeschäfts möglich ist.

#### § 46

##### Ordnung im Wahlraum

<sup>1</sup>Der Wahlvorstand sorgt für Ruhe und Ordnung im Wahlraum. <sup>2</sup>Er ordnet bei Andrang den Zutritt zum Wahlraum.

#### § 47

##### Stimmabgabe

(1) <sup>1</sup>Im Wahlraum geht die wählende Person zum Tisch des Wahlvorstands und gibt ihre Wahlbenachrichtigung ab. <sup>2</sup>Wenn für die Direktwahl mehr als ein Wahlvorschlag zugelassen ist, belässt der Wahlvorstand der wählenden Person die Wahlbenachrichtigung für eine etwa notwendig werdende Stichwahl. <sup>3</sup>Auf Verlangen, insbesondere wenn sie eine Wahlbenachrichtigung nicht vorlegt, hat sie sich über ihre Person auszuweisen.

(2) <sup>1</sup>Sobald die Schriftführerin oder der Schriftführer den Namen der wählenden Person im Wählerverzeichnis gefunden hat und die Wahlberechtigung festgestellt worden ist, erhält sie einen amtlichen Stimmzettel. <sup>2</sup>Bei verbundenen Wahlen erhält die wählende Person für jede Wahl, für die sie wahlberechtigt ist, einen Stimmzettel. <sup>3</sup>Die Mitglieder des Wahlvorstands sind, wenn nicht die Feststellung der Wahlberechtigung es erfordert, nicht befugt, die wählende Person betreffende persönliche Angaben so zu verlautbaren, dass sie von sonstigen im Wahlraum Anwesenden zur Kenntnis genommen werden können.

(3) <sup>1</sup>Die wählende Person begibt sich in die Wahlzelle, kennzeichnet dort ihren Stimmzettel und faltet ihn so zusammen, dass bei der Abgabe von Umstehenden nicht erkannt werden kann, wie sie gewählt hat. <sup>2</sup>Danach tritt sie wieder an den Tisch des Wahlvorstands und legt den Stimmzettel in die Wahlurne.

(4) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand hat darüber zu wachen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. <sup>2</sup>Er achtet insbesondere darauf, dass sich immer nur eine Person in der Wahlzelle aufhält.

(5) Der Wahlvorstand hat eine wählende Person zurückzuweisen, die ihren Stimmzettel außerhalb der Wahlzelle gekennzeichnet oder ihn mit einem äußerlich sichtbaren, das Wahlgeheimnis offensichtlich gefährdenden Kennzeichen versehen hat.

(6) <sup>1</sup>Glaubt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher, das Wahlrecht einer im Wählerverzeichnis eingetragenen Person beanstanden zu müssen oder werden sonst aus der Mitte des Wahlvorstands Bedenken gegen die Zulassung einer Person zur Stimmabgabe erhoben, so beschließt der Wahlvorstand über die Zulassung oder Zurückweisung. <sup>2</sup>Der Beschluss ist in der Wahlniederschrift zu vermerken.

(7) <sup>1</sup>Hat die wählende Person ihren Stimmzettel verschrieben oder versehentlich unbrauchbar gemacht oder wird sie nach Absatz 5 zurückgewiesen, so ist ihr auf Verlangen ein neuer Stimmzettel auszuhändigen, nachdem sie den alten Stimmzettel im Beisein eines Mitglieds des Wahlvorstands zerrissen hat. <sup>2</sup>Der zerrissene Stimmzettel darf nicht in die Wahlurne gelegt werden.

#### § 48

##### Stimmabgabe behinderter Wählerinnen oder Wähler

(1) <sup>1</sup>Eine wählende Person, die des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen und in die Wahlurne zu legen, bestimmt eine Person, deren Hilfe sie sich bei der Stimmabgabe bedienen will, und teilt dies der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher mit. <sup>2</sup>Auf Wunsch der wählenden Person kann ein Mitglied des Wahlvorstands Hilfe leisten.

(2) <sup>1</sup>Die Hilfeleistung hat sich auf die Erfüllung der Wünsche der wählenden Person zu beschränken. <sup>2</sup>Die Hilfsperson darf gemeinsam mit der wählenden Person die Wahlzelle aufsuchen, soweit das zur Hilfeleistung erforderlich ist.

(3) Erscheint der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher die von der wählenden Person in Aussicht genommene Person nach dem Lebensalter oder sonstigen persönlichen Umständen zur Hilfeleistung nicht geeignet, so teilt sie oder er dies der wählenden Person mit und weist auf Absatz 1 Satz 2 hin.

(4) Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Wahl einer oder eines anderen erlangt hat.

#### § 49

##### Vermerk über die Stimmabgabe

<sup>1</sup>Die Schriftführerin oder der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe neben dem Namen der wählenden Person im Wählerverzeichnis in der dafür bestimmten Spalte. <sup>2</sup>Bei verbundenen Wahlen muss für jede Wahl eine Spalte benutzt werden.

#### § 50

##### Stimmabgabe mit Wahlschein bei der einzelnen Direktwahl oder Stichwahl

(1) <sup>1</sup>Die Inhaberin oder der Inhaber eines Wahlscheins weist sich aus und übergibt der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher den Wahlschein. <sup>2</sup>Diese oder dieser prüft den Wahlschein. <sup>3</sup>Entstehen Zweifel über seine Gültigkeit oder den rechtmäßigen Besitz, so klärt sie der Wahlvorstand nach Möglichkeit und beschließt über die Zulassung oder Zurückweisung der Inhaberin oder des Inhabers. <sup>4</sup>Der Vorgang ist in der Wahlniederschrift zu vermerken. <sup>5</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher behält den Wahlschein auch im Fall der Zurückweisung.

(2) Ist auf dem Wahlschein die Ausgabe der Briefwahlunterlagen vermerkt, so kann die wählende Person nur mit dem bereits erhaltenen Stimmzettel an der Wahl teilnehmen.

(3) Im Übrigen gelten die §§ 47 und 48.

(4) Die eingenommenen Wahlscheine werden vom Wahlvorstand verwahrt.

## § 51

## Schluss der Wahlhandlung

<sup>1</sup>Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher bekannt gegeben. <sup>2</sup>Von da ab dürfen nur noch die Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen werden, die sich im Wahlraum befinden. <sup>3</sup>Der Zutritt zum Wahlraum ist so lange zu sperren, bis die anwesenden Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt haben; § 45 ist zu beachten. <sup>4</sup>Sodann erklärt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.

## Zweiter Abschnitt

## Besondere Regelungen

## § 52

## Wahl in Sonderwahlbezirken

(1) Zur Stimmabgabe in Sonderwahlbezirken wird jede in der Einrichtung anwesende wahlberechtigte Person zugelassen, die im Wählerverzeichnis des Sonderwahlbezirks eingetragen ist.

(2) Es ist zulässig, für die verschiedenen Teile eines Sonderwahlbezirks verschiedene Personen als Mitglieder des Wahlvorstands zu berufen.

(3) <sup>1</sup>Die Gemeinde bestimmt im Einvernehmen mit der Leitung der Einrichtung einen geeigneten Wahlraum. <sup>2</sup>Für die verschiedenen Teile eines Sonderwahlbezirks können verschiedene Wahlräume bestimmt werden. <sup>3</sup>Die Gemeinde richtet den Wahlraum her und sorgt für Wahlurnen und Sichtschutzvorrichtungen.

(4) Sind für den Sonderwahlbezirk mehrere Wahlräume bestimmt worden, so bestimmt die Gemeinde im Einvernehmen mit der Leitung der Einrichtung die Zeit der Stimmabgabe für jeden Wahlraum im Rahmen der allgemeinen Wahlzeit nach dem tatsächlichen Bedürfnis.

(5) Die Leitung der Einrichtung gibt den Wahlberechtigten den Wahlraum und die Zeit der Stimmabgabe am Tag vor der Wahl bekannt und weist auf die Möglichkeit der Stimmabgabe nach Absatz 6 hin.

(6) <sup>1</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher oder deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder des Wahlvorstands können sich zur Durchführung der Wahl unter Mitnahme einer verschlossenen Wahlurne und der erforderlichen Stimmzettel in die Krankenzimmer und an die Krankenbetten begeben. <sup>2</sup>Dabei muss auch bettlägerigen Wahlberechtigten Gelegenheit gegeben werden, ihre Stimmzettel unbeobachtet zu kennzeichnen. <sup>3</sup>Nach Schluss der Stimmabgabe ist die verschlossene Wahlurne in den Wahlraum des Sonderwahlbezirks zu bringen. <sup>4</sup>Dort bleibt die Wahlurne bis zum Schluss der allgemeinen Stimmabgabe verschlossen. <sup>5</sup>Ihr Inhalt wird mit dem der Wahlurne des Sonderwahlbezirks vermischt und zusammen mit den übrigen Stimmen des Sonderwahlbezirks ausgezählt. <sup>6</sup>Der Vorgang wird in der Wahlniederschrift vermerkt.

(7) Die Öffentlichkeit soll nach Möglichkeit durch die Anwesenheit anderer Wahlberechtigter gewährleistet werden.

(8) Die Leitung der Einrichtung ist für die Absonderung von Kranken verantwortlich, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.

(9) <sup>1</sup>Der Wahlvorstand kann die Wahlhandlung im Sonderwahlbezirk vor Ablauf der allgemeinen Wahlzeit schließen, wenn keine Wahlberechtigten mehr zur Stimmabgabe zu erwarten sind. <sup>2</sup>In diesem Fall bringt der Wahlvorstand die verschlossene Wahlurne, das Wählerverzeichnis des Sonderwahlbezirks und die nicht benutzten Stimmzettel in den Wahlraum eines von der Gemeinde zu bestimmenden allgemeinen Wahlbezirks; dies wird in der Wahlniederschrift vermerkt. <sup>3</sup>Der Wahlvorstand des allgemeinen Wahlbezirks verwahrt die in Satz 2 genannten Gegenstände bis zur Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlvorstand des Sonderwahlbezirks.

(10) Das Wahlergebnis des Sonderwahlbezirks darf nicht vor Schluss der allgemeinen Wahlzeit ermittelt werden.

(11) Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen.

## § 53

## Briefwahl

(1) Für die Stimmabgabe durch Briefwahl gilt folgende Regelung:

1. Die wählende Person kennzeichnet persönlich und unbeobachtet ihren Stimmzettel.
2. Sie legt den Stimmzettel unbeobachtet in den amtlichen Stimmzettelumschlag und verschließt diesen.
3. Sie unterschreibt unter Angabe des Ortes und des Tages die auf dem Wahlschein vorgedruckte Versicherung an Eides statt zur Briefwahl.
4. Sie legt den verschlossenen amtlichen Stimmzettelumschlag und den unterschriebenen Wahlschein in den amtlichen Wahlbriefumschlag.
5. Sie verschließt den Wahlbriefumschlag.
6. Sie übersendet den Wahlbrief an die auf dem Wahlbriefumschlag angegebene Gemeindewahlleitung. Der Wahlbrief kann auch in der Dienststelle der zuständigen Gemeindewahlleitung abgegeben werden. Nach Eingang des Wahlbriefs bei der zuständigen Gemeindewahlleitung darf er nicht mehr zurückgegeben werden.

(2) Bei verbundenen Wahlen benutzt die wählende Person für alle Wahlen nur einen Stimmzettelumschlag und nur einen Wahlbriefumschlag.

(3) In Krankenhäusern, Altenheimen, Altenwohnheimen, Pflegeheimen, Erholungsheimen, sozialtherapeutischen Anstalten und Justizvollzugsanstalten sowie in Gemeinschaftsunterkünften ist Vorsorge zu treffen, dass der Stimmzettel unbeobachtet gekennzeichnet und in den Stimmzettelumschlag gelegt werden kann.

(4) Für die Stimmabgabe behinderter Personen gilt § 48 sinngemäß; hat die wählende Person den Stimmzettel durch eine Hilfsperson kennzeichnen lassen, so hat diese durch Unterschreiben der Versicherung an Eides statt zur Briefwahl zu bestätigen, dass sie den Stimmzettel nach dem erklärten Willen der wählenden Person gekennzeichnet hat.

(5) <sup>1</sup>Holt eine wahlberechtigte Person persönlich den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen bei der Gemeinde ab, so soll ihr Gelegenheit gegeben werden, die Briefwahl an Ort und Stelle auszuüben. <sup>2</sup>Die Gemeinde hat zu diesem Zweck eine oder mehrere Wahlzellen aufzustellen oder einen besonderen Raum verfügbar zu halten, damit der Stimmzettel unbeobachtet gekennzeichnet und in den Stimmzettelumschlag gelegt werden kann. <sup>3</sup>Die Gemeinde nimmt die Wahlbriefe entgegen, hält sie unter Verschluss und übergibt sie spätestens am Vormittag des Wahltages der Gemeindewahlleitung.

## Fünfter Teil

## Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

## § 54

## Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk

(1) <sup>1</sup>Im Anschluss an die Wahlhandlung ermittelt der Wahlvorstand ohne Unterbrechung das Wahlergebnis im Wahlbezirk. <sup>2</sup>Er stellt für die Wahl der Vertretung fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahlen der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
4. die Stimmenverteilung in der Aufgliederung nach § 34 Abs. 1 NKWG,
5. die Gesamtzahl der gültigen Stimmen.

(2) <sup>1</sup>Für die Feststellung des Wahlergebnisses der Direktwahl oder Stichwahl gilt Absatz 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 3. <sup>2</sup>Der Wahlvorstand stellt weiter die Zahlen der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen fest.

(3) In das Wahlergebnis des Wahlbezirks wird das Ergebnis der Briefwahl einbezogen, wenn die Gemeindevahlleitung es angeordnet hat (§ 59 Abs. 2 Satz 1).

(4) <sup>1</sup>Bei verbundenen Wahlen wird das Wahlergebnis für jede Wahl getrennt festgestellt. <sup>2</sup>Die Wahlergebnisse werden in der Reihenfolge Direktwahlen, Kreiswahl, Gemeindevwahl, Samtgemeinderatswahl, Stadtbezirks- oder Ortsratswahl festgestellt. <sup>3</sup>Mit der Ergebnisfeststellung der nachfolgenden Wahl darf erst begonnen werden, wenn die Ergebnisfeststellung der in der Reihenfolge vorhergehenden Wahl beendet ist.

## § 55

## Zählung der Wählerinnen und Wähler

<sup>1</sup>Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Wahltisch entfernt. <sup>2</sup>Sodann werden die Stimmzettel der Wahlurne entnommen und gezählt. <sup>3</sup>Zugleich werden die Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis gezählt. <sup>4</sup>Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Wahl Niederschrift anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern. <sup>5</sup>In diesem Fall gilt die Zahl der in der Wahlurne enthaltenen Stimmzettel als Zahl der Wählerinnen und Wähler.

## § 56

## Zählung der Stimmen

(1) <sup>1</sup>Nachdem die Zahl der Wählerinnen und Wähler ermittelt worden ist, werden die abgegebenen Stimmen gezählt. <sup>2</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher oder ein von ihr oder ihm bestimmtes Mitglied liest aus jedem Stimmzettel vor, für welche Listen oder welche Bewerberinnen oder Bewerber die Stimmen abgegeben worden sind; ein Vorsortieren gleichartig gekennzeichnete Stimmzettel ist zulässig. <sup>3</sup>Ausgesondert und bei diesem Zählvorgang nicht berücksichtigt werden

1. Stimmzettel, die nach § 57 Abs. 1 ungültig sind oder deren Gültigkeit nicht zweifelsfrei ist,
2. Stimmzettel, auf denen eine einzelne Stimmabgabe zweifelhaft erscheint (§ 57 Abs. 2).

<sup>4</sup>Die Mitglieder sammeln die Stimmzettel in der Aufgliederung nach Satz 2 (ausgezählte Stimmzettel) und Satz 3 (ausgesonderte Stimmzettel) und behalten sie bis zum Abschluss der Zählung unter ihrer Aufsicht.

(2) Das Vorlesen der Stimmen und gegebenenfalls das Vorsortieren der Stimmzettel nach Absatz 1 Satz 2 sowie das Aussondern der Stimmzettel nach Absatz 1 Satz 3 wird durch ein von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher zu bestimmendes Mitglied laufend kontrolliert.

(3) <sup>1</sup>Anschließend entscheidet der Wahlvorstand über die Gültigkeit der ausgesonderten Stimmzettel und die Gültigkeit der auf ihnen abgegebenen Stimmen. <sup>2</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher gibt die Entscheidung mündlich bekannt. <sup>3</sup>Sie oder er vermerkt auf der Rückseite des Stimmzettels, ob er für gültig oder für ungültig erklärt worden ist. <sup>4</sup>Ist er für gültig erklärt worden, so ist anzugeben, für welche Liste oder welche Bewerberinnen oder Bewerber die Stimmen lauten.

(4) Die Stimmzettel, über die der Wahlvorstand nach Absatz 3 entschieden hat, sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und der Wahl Niederschrift beizufügen.

(5) <sup>1</sup>Ergeben sich bei der Stimmenzählung nach den Absätzen 1 und 3 unter Einbeziehung der Zähllisten (§ 58) rechnerische Unstimmigkeiten, so ist der Zählvorgang ganz oder teilweise zu wiederholen. <sup>2</sup>Das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied des Wahlvorstands vor der Unterzeichnung der Wahl Niederschrift eine erneute Zählung beantragt. <sup>3</sup>Die Gründe für die erneute Zählung sind in der Wahl Niederschrift zu vermerken.

## § 57

## Ungültige Stimmabgabe, Auslegungsregeln

(1) Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn er

1. nicht amtlich hergestellt oder für einen anderen Wahlbereich gültig ist,
2. für die Wahl der Vertretung unbeschadet des § 30 a Abs. 1 Satz 3 NKWG mehr als drei Kennzeichnungen enthält,
3. für die Direktwahl oder Stichwahl mehr als eine Kennzeichnung enthält,
4. den Willen der wählenden Person aus der Art der Kennzeichnung nicht zweifelsfrei erkennen lässt und nicht wenigstens eine gültige Stimme enthält,
5. einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthält,
6. keine Kennzeichnung enthält.

(2) <sup>1</sup>Auf einem an sich gültigen Stimmzettel ist eine einzelne Stimmabgabe ungültig, wenn nach der Art der Kennzeichnung der Liste, einer Bewerberin oder eines Bewerbers der Wille der wählenden Person nicht zweifelsfrei erkennbar ist. <sup>2</sup>Die Gültigkeit der übrigen Stimmen bleibt unberührt.

(3) Bei der Briefwahl gelten folgende ergänzende Regelungen:

1. Der Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn
  - a) der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
  - b) dem Wahlbrief kein Stimmzettelumschlag beigelegt ist,
  - c) dem Stimmzettelumschlag kein oder kein gültiger Wahrschein beigelegt ist,
  - d) auf dem Wahrschein die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt fehlt,
  - e) weder der Wahlbrief noch der Stimmzettelumschlag verschlossen ist,



- f) der Wahlbrief mehrere Stimmzettelschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthält; bei verbundenen Wahlen gilt dies nur, wenn die Wahlscheine für dieselben Wahlen gelten,
- g) der Stimmzettel nicht in einen amtlichen Stimmzettelschlag gelegt ist,
- h) der Stimmzettelschlag offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsenderinnen und Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wählerinnen und Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

2. Enthält der Stimmzettelschlag mehrere Stimmzettel derselben Wahl, so gilt Folgendes:

- a) Wird das Briefwahlergebnis in das Wahlergebnis des Wahlbezirks einbezogen (§ 60), so gelten diese Stimmzettel als ein ungültiger Stimmzettel.
- b) Wird das Briefwahlergebnis gesondert festgestellt (§ 61), so gelten diese Stimmzettel als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst gelten sie als ein ungültiger Stimmzettel.

3. Ist der Stimmzettelschlag leer, so gilt der nicht abgegebene Stimmzettel als ungültig. Bei verbundenen Wahlen gilt dies für jede Wahl, für die die wählende Person wahlberechtigt ist.

4. Ist eine wählende Person bei verbundenen Wahlen für mehrere Wahlen wahlberechtigt und enthält ihr Stimmzettelschlag nicht für jede dieser Wahlen einen Stimmzettel, so gilt der nicht abgegebene Stimmzettel als ungültig.

## § 58

### Zähllisten

(1) <sup>1</sup>Für die Wahl der Vertretung wird eine Zählliste für die gültigen Stimmen und die ungültigen Stimmzettel von einem dafür bestimmten Mitglied des Wahlvorstands geführt. <sup>2</sup>Die Zählliste soll nach dem Muster der **Anlage 23** angelegt sein.

(2) Die Listenführerin oder der Listenführer verzeichnet jede aufgerufene gültige Stimme und jeden aufgerufenen ungültigen Stimmzettel in der in Betracht kommenden Spalte der Zähllisten.

(3) Die Wahlleitung kann anordnen, dass Gegenzähllisten geführt werden.

(4) Die Zähllisten werden von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher und der Listenführerin oder dem Listenführer unterschrieben.

## § 59

### Behandlung der Wahlbriefe, Vorbereitung der Feststellung des Briefwahlergebnisses

(1) <sup>1</sup>Die Gemeindewahlleitung sammelt die Wahlbriefe ungeöffnet und hält sie unter Verschluss. <sup>2</sup>Sie vermerkt auf jedem am Wahltag nach Schluss der Wahlzeit eingehenden Wahlbrief Tag und Uhrzeit des Eingangs, auf den vom nächsten Tag an eingehenden Wahlbriefen nur den Eingangstag.

(2) <sup>1</sup>Die Gemeindewahlleitung bestimmt für jeden Wahlbereich und für jede Ortschaft, in der eine Ortsvorsteherin oder ein Ortsvorsteher zu bestellen ist, den Wahlbezirk, in dessen Wahlergebnis das Ergebnis der Briefwahl einbezogen wird. <sup>2</sup>Sie kann für den Wahlbereich oder die Ortschaft eine gesonderte Feststellung des Briefwahlergebnisses anordnen, wenn mehr als 50 Wahlbriefe eingegangen sind. <sup>3</sup>Bei der einzelnen Direktwahl bestimmt sie für das Wahlgebiet den Wahlbezirk, in dessen Wahlergebnis das Ergebnis der Briefwahl einbezogen wird; Satz 2 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>Wird das Briefwahlergebnis gesondert festgestellt, so sind hierfür besondere Wahlvorstände (Briefwahlvorstände) zu bilden. <sup>2</sup>Die Gemeindewahlleitung bestimmt, wie viele Briefwahlvorstände gebildet werden müssen, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können. <sup>3</sup>Für die Bildung und die Tätigkeit der Briefwahlvorstände gelten sinngemäß die allgemeinen Vorschriften, jedoch mit der Maßgabe, dass die Gemeindewahlleitung Ort und Zeit des Zusammentritts des Briefwahlvorstands bekannt macht sowie für die Bereitstellung und Ausstattung des Wahlraumes sorgt. <sup>4</sup>Von der Aufforderung, Wahlberechtigte als Mitglieder des Briefwahlvorstands vorzuschlagen (§ 7 Abs. 2 Satz 1), kann abgesehen werden.

(4) Die Gemeindewahlleitung übergibt den Wahlvorständen der nach Absatz 2 Satz 1 bestimmten Wahlbezirke oder den nach Absatz 3 gebildeten Briefwahlvorständen die nach Wahlbereichen oder Ortschaften geordneten Wahlbriefe und das Verzeichnis über die für ungültig erklärten Wahlscheine sowie die Nachträge dazu oder die Mitteilung, dass keine Wahlscheine für ungültig erklärt worden sind (§ 25 Abs. 11).

(5) <sup>1</sup>Verspätet eingegangene Wahlbriefe werden von der Gemeindewahlleitung angenommen, mit den in Absatz 1 vorgeschriebenen Vermerken versehen und ungeöffnet verpackt. <sup>2</sup>Das Paket wird von ihr versiegelt, mit Inhaltsangabe versehen und verwahrt, bis die Vernichtung der Wahlbriefe zugelassen ist. <sup>3</sup>Sie hat sicherzustellen, dass das Paket Unbefugten nicht zugänglich ist.

(6) <sup>1</sup>Wenn die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter feststellt, dass infolge von Naturkatastrophen oder ähnlichen Ereignissen höherer Gewalt die regelmäßige Beförderung von Wahlbriefen gestört war, gelten die dadurch betroffenen Wahlbriefe, die nach dem Poststempel spätestens am Tag vor der Wahl zur Post gegeben worden sind, als rechtzeitig eingegangen. <sup>2</sup>In einem solchen Fall werden, sobald die Auswirkungen des Ereignisses behoben sind, spätestens am 21. Tag nach der Wahl, die durch das Ereignis betroffenen Wahlbriefe ausgesondert und dem Wahlvorstand zur nachträglichen Feststellung des Wahlergebnisses überwiesen. <sup>3</sup>Die nachträgliche Feststellung erfolgt nach § 61. <sup>4</sup>Sie unterbleibt, wenn für sie nicht mindestens 50 Wahlbriefe eines Wahlbereichs vorliegen.

## § 60

### Einbeziehung des Briefwahlergebnisses in das Wahlergebnis des Wahlbezirks

(1) Der Wahlvorstand des nach § 59 Abs. 2 Satz 1 bestimmten Wahlbezirks behandelt die ihm nach § 59 Abs. 4 übergebenen Wahlbriefe nach Ablauf der Wahlzeit, bevor die Wahlurne geöffnet wird, wie folgt:

1. Die Wahlbriefe werden einzeln geöffnet. Ihnen werden der Wahlschein und der Stimmzettelschlag entnommen.
2. Ist der Wahlschein in einem Verzeichnis für ungültig erklärter Wahlscheine aufgeführt oder werden Bedenken gegen die Gültigkeit des Wahlscheins erhoben, so sind die betroffenen Wahlbriefe samt Inhalt unter Kontrolle der Wahlvorsteherin oder des Wahlvorstehers auszusondern und später entsprechend Absatz 2 zu behandeln. Die aus den übrigen Wahlbriefen entnommenen Stimmzettelschläge werden geöffnet und die Stimmzettel uneingesehen in gefaltetem Zustand in die Wahlurne gelegt.
3. Die Wahlscheine werden gesammelt.

(2) <sup>1</sup>Der Wahlbrief ist zu beanstanden, wenn nach § 57 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 Buchst. b bis h Bedenken gegen seine Zulassung bestehen. <sup>2</sup>Der Wahlvorstand beschließt über die Zulassung oder Zurückweisung der beanstandeten Wahlbriefe. <sup>3</sup>Die Zahlen der beanstandeten, der nach besonderer Beschlussfassung zugelassenen und der zurückgewiesenen Wahlbriefe sind in der Ergänzung zur Wahl Niederschrift des Wahlbezirks zu vermerken. <sup>4</sup>Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind mit Inhalt auszusondern, mit einem Vermerk über den Zurückweisungsgrund zu versehen, wieder zu verschließen, fortlaufend zu nummerieren und der Ergänzung zur Wahl Niederschrift in einem versiegelten Paket beizufügen.

(3) <sup>1</sup>Enthält bei verbundenen Wahlen der Stimmzettelschlag den Stimmzettel einer Wahl, für die der Wahlschein nicht gilt, so ist dieser Stimmzettel auszusondern. <sup>2</sup>Er ist uneingesehen in den Stimmzettelschlag zu legen, dieser ist mit einem Vermerk über den Grund der Aussonderung zu

versehen, wieder zu verschließen und in das in Absatz 2 Satz 4 genannte Paket einzubeziehen.<sup>3</sup>Im Fall des § 57 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a ist entsprechend zu verfahren.<sup>4</sup>Die Zahl der nach § 57 Abs. 3 Nrn. 2 bis 4 als ungültig geltenden Stimmzettel ist in die Ergänzung zur Wahl Niederschrift einzubeziehen.

(4) Die Gemeindevahlleitung kann zulassen, dass der Wahlvorstand die ihm übergebenen Wahlbriefe schon vor Ablauf der Wahlzeit nach den Absätzen 1 bis 3 behandelt, wenn dies nach der Zahl der Wahlbriefe geboten erscheint und den ungestörten Ablauf der Wahlhandlung nicht beeinträchtigt.

## § 61

### Gesonderte Feststellung des Briefwahlergebnisses

(1)<sup>1</sup>Der nach § 59 Abs. 3 gebildeter Briefwahlvorstand verfährt nach § 60 Abs. 1 und 2 mit der Maßgabe, dass die Stimmzettelschläge ungeöffnet in die Wahlurne gelegt werden.<sup>2</sup>Die in § 60 Abs. 2 Satz 3 bezeichneten Angaben sind in der Wahl Niederschrift über die Feststellung des Briefwahlergebnisses zu vermerken, der das Paket mit den zurückgewiesenen Wahlbriefen beigelegt wird.

(2)<sup>1</sup>Nachdem die Stimmzettelschläge den Wahlbriefen entnommen und in die Wahlurne gelegt worden sind, jedoch nicht vor Schluss der allgemeinen Wahlzeit, stellt der Wahlvorstand das Wahlergebnis für die Wahl der Vertretung mit den in § 54 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 bis 5, für die Direktwahl oder Stichwahl mit den in § 54 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 und 3 und Abs. 2 Satz 2 bezeichneten Angaben fest.<sup>2</sup>Dabei sind die allgemeinen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(3)<sup>1</sup>Gilt bei verbundenen Wahlen der Wahrscheinlichkeit nicht für alle Wahlen, so wird der Stimmzettelschlag nach der Behandlung des Wahlbriefs gemäß Absatz 1 nicht in die Wahlurne gelegt, sondern von einem dafür bestimmten Mitglied des Wahlvorstands verwahrt.<sup>2</sup>Der Stimmzettel wird vor der Stimmzählung (Absatz 2) dem Stimmzettelschlag entnommen und uneingesehen in gefaltetem Zustand in die geleerte Wahlurne gelegt.<sup>3</sup>Er wird mit etwa 50 anderen Stimmzetteln derselben Wahl, die den Stimmzettelschlägen entnommen und wieder in die Wahlurne gelegt worden sind, vermengt.<sup>4</sup>§ 60 Abs. 3 Sätze 1 und 2 findet entsprechende Anwendung, auch für die nach § 57 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b als ungültig geltenden Stimmzettel.<sup>5</sup>Die Zahl der nach § 57 Abs. 3 Nrn. 2 bis 4 als ungültig geltenden Stimmzettel ist in die Wahl Niederschrift einzubeziehen.

(4)<sup>1</sup>Die Gemeindevahlleitung kann zulassen, dass die Stimmzettelschläge vor dem Einlegen in die Wahlurne geöffnet werden, wenn dies nach der Zahl der Wahlbriefe geboten erscheint, um nach Ablauf der Wahlzeit die Zählung der Stimmen zu erleichtern.<sup>2</sup>Vor dem Einlegen oder beim Einlegen der geöffneten Stimmzettelschläge in die Wahlurne dürfen diese nicht eingesehen und die Stimmzettel nicht entnommen werden.

## § 62

### Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Wahlbezirk und des Briefwahlergebnisses

<sup>1</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher gibt das Wahlergebnis im Wahlbezirk oder das gesondert festgestellte Briefwahlergebnis im Anschluss an die Feststellungen mündlich bekannt.<sup>2</sup>Es darf vor Unterzeichnung der Wahl Niederschrift von den Mitgliedern des Wahlvorstands außer der Gemeindevahlleitung anderen Stellen nicht mitgeteilt werden.

## § 63

### Schnellmeldungen, vorläufige Wahlergebnisse

(1)<sup>1</sup>Sobald das Wahlergebnis im Wahlbezirk festgestellt worden ist, meldet es die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher auf dem schnellsten Weg der Gemeindevahlleitung; für die Schnellmeldung sind die Angaben in Nummer 4 der Wahl Niederschrift (§ 64) zu verwenden.<sup>2</sup>Bei verbundenen Wahlen ist das Ergebnis jeder Wahl der Gemeindevahlleitung sogleich nach seiner Feststellung mitzuteilen; § 54 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.<sup>3</sup>Für gesondert festgestellte Briefwahlergebnisse ist entsprechend zu verfahren.

(2)<sup>1</sup>Die Gemeindevahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde ermittelt nach den Schnellmeldungen der Wahlvorstände das vorläufige Ergebnis der Kreiswahl in der Gemeinde und teilt es auf dem schnellsten Weg nach dem Muster der **Anlage 24** der Kreiswahlleitung mit.<sup>2</sup>Das vorläufige Ergebnis der Kreiswahl ist nach Wahlbereichen zu gliedern, wenn Teile der Gemeinde zu verschiedenen Wahlbereichen für die Kreiswahl gehören.

(3) Die Kreiswahlleitung ermittelt nach den Schnellmeldungen der Gemeindevahlleitungen das vorläufige Ergebnis der Kreiswahl und teilt es auf dem schnellsten Weg der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit.

(4) Die Gemeindevahlleitung der kreisfreien Stadt ermittelt nach den Schnellmeldungen der Wahlvorstände das vorläufige Ergebnis der Gemeindevahl und teilt es auf dem schnellsten Weg der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit.

(5)<sup>1</sup>Die Gemeindevahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde ermittelt nach den Schnellmeldungen der Wahlvorstände das vorläufige Ergebnis der Gemeindevahl und teilt es auf dem schnellsten Weg der Kreiswahlleitung mit.<sup>2</sup>Die Kreiswahlleitung fasst die Schnellmeldungen der Gemeindevahlleitungen zusammen und teilt das zusammengefasste Ergebnis auf dem schnellsten Weg der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit.

(6)<sup>1</sup>In den Schnellmeldungen nach den Absätzen 3 bis 5 werden angegeben:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
4. die Zahl der gültigen Stimmzettel,
5. die Zahl der gültigen Stimmen,
6. die Zahl der Sitze,
7. die Zahlen der für jede Partei, für die Gesamtheit der Wählergruppen und für die Gesamtheit der Einzelwahlvorschläge abgegebenen Stimmen,
8. die Zahlen der jeder Partei, der Gesamtheit der Wählergruppen und der Gesamtheit der Einzelwahlvorschläge voraussichtlich zustehenden Sitze.

<sup>2</sup>Die Schnellmeldungen werden nach dem Muster der **Anlage 25** erstattet, bei verbundenen Wahlen für jede Wahl getrennt.<sup>3</sup>In der Schnellmeldung der Kreiswahlleitung über das vorläufige Ergebnis der Gemeindevahl werden die in Satz 1 bezeichneten Angaben für die Gesamtheit der zum Landkreis gehörenden Gemeinden zusammengefasst.

(7) Die Weitergabe der vorläufigen Ergebnisse der Direktwahlen und anderer Wahlen der Vertretungen regelt die zuständige Wahlleitung in Anlehnung an die Absätze 2 bis 6.

(8) Die Wahlleitung macht das vorläufige Wahlergebnis in geeigneter Weise bekannt.

(9) Bei allgemeinen Neuwahlen ermittelt die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter die vorläufigen zahlenmäßigen Gesamtergebnisse der Gemeindevahlen und der Kreiswahlen für das Land und macht sie in geeigneter Weise bekannt.

## § 64

### Wahl Niederschrift

(1)<sup>1</sup>Über die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk wird von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eine Wahl Niederschrift nach dem Muster der **Anlage 26** oder

**26 a** aufgenommen und von allen anwesenden Mitgliedern des Wahlvorstands unterzeichnet.  
<sup>2</sup>Beschlüsse nach § 47 Abs. 6 und § 56 Abs. 3 sowie Beschlüsse über besondere Vorkommnisse bei der Wahlhandlung oder bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sind in der Niederschrift zu vermerken.  
<sup>3</sup>Dieser werden beigelegt:

1. für die Wahl der Vertretung die Zähllisten (gegebenenfalls auch die Gegenzähllisten),
2. die Stimmzettel, über die der Wahlvorstand nach § 56 Abs. 3 besonders beschlossen hat.

(2) <sup>1</sup>Ist das Ergebnis der Briefwahl in das Wahlergebnis des Wahlbezirks einbezogen worden, so wird zur Wahl Niederschrift eine Ergänzung nach dem Muster der **Anlage 27** aufgenommen und von allen anwesenden Mitgliedern des Wahlvorstands unterzeichnet.  
<sup>2</sup>Beschlüsse nach § 60 Abs. 2 sind in der Ergänzung zur Wahl Niederschrift zu vermerken.  
<sup>3</sup>Ihr werden beigelegt:

1. das in § 60 Abs. 2 Satz 4 bezeichnete Paket mit den zurückgewiesenen Wahlbriefen,
2. die Wahlscheine, über die der Wahlvorstand besonders beschlossen hat, ohne dass die Wahlbriefe zurückgewiesen wurden.

(3) <sup>1</sup>Über die gesonderte Feststellung des Briefwahlergebnisses wird eine Wahl Niederschrift nach dem Muster der **Anlage 28** oder **28 a** aufgenommen und von allen anwesenden Mitgliedern des Briefwahlvorstands unterzeichnet.  
<sup>2</sup>Beschlüsse nach § 61 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 60 Abs. 2 sind in der Wahl Niederschrift zu vermerken.  
<sup>3</sup>Ihr werden beigelegt:

1. für die Wahl der Vertretung die Zähllisten (gegebenenfalls auch die Gegenzähllisten),
2. das in § 61 Abs. 1 Satz 2 bezeichnete Paket mit den zurückgewiesenen Wahlbriefen,
3. die Wahlscheine, über die der Wahlvorstand besonders beschlossen hat, ohne dass die Wahlbriefe zurückgewiesen wurden,
4. die Stimmzettel, über die der Wahlvorstand nach § 56 Abs. 3 besonders beschlossen hat.

(4) <sup>1</sup>Bei verbundenen Wahlen ist für jede Wahl eine gesonderte Wahl Niederschrift anzufertigen.  
<sup>2</sup>Das Paket mit den zurückgewiesenen Wahlbriefen (§ 60 Abs. 2 Satz 4 und § 61 Abs. 1 Satz 2) werden der Wahl Niederschrift über die Kreiswahl beigelegt.

(5) <sup>1</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher übergibt die Wahl Niederschrift mit den Anlagen unverzüglich der Gemeinde, die sie sofort der Gemeindevahlleitung zuleitet.  
<sup>2</sup>Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher des Briefwahlvorstands übergibt die Unterlagen der Gemeindevahlleitung unmittelbar.

(6) <sup>1</sup>Die Gemeindevahlleitung übersendet der Kreiswahlleitung die Wahl Niederschriften über die Kreiswahl und über die Wahl der Landrätin oder des Landrats mit den Anlagen auf dem schnellsten Weg.  
<sup>2</sup>Besteht die Gemeinde aus mehreren Wahlbezirken oder ist das Ergebnis der Briefwahl gesondert festgestellt worden, so fügt sie eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse der einzelnen Wahlbezirke einschließlich des Briefwahlergebnisses nach dem Muster der **Anlage 29** bei.

(7) <sup>1</sup>Die Wahl Niederschriften über die Gemeindevahl verbleiben bei der Gemeinde, die Wahl Niederschriften über die Kreiswahl beim Landkreis.  
<sup>2</sup>Satz 1 gilt für die jeweilige Direktwahl entsprechend.

(8) Die Übersendung und den Verbleib der Wahl Niederschriften über andere Wahlen regelt die zuständige Wahlleitung.

(9) Wahlvorsteherin oder Wahlvorsteher, Wahlleitung, Gemeinde und Landkreis haben sicherzustellen, dass die Wahl Niederschriften mit den Anlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

## § 65

### Übergabe und Verwahrung von Wahlunterlagen

(1) <sup>1</sup>Hat der Wahlvorstand seine Aufgaben erledigt, so verpackt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher jeweils getrennt

1. die gültigen Stimmzettel,
2. die einbehaltenen Wahlscheine,

soweit sie nicht der Wahl Niederschrift beigelegt sind, versiegelt die einzelnen Pakete, versieht sie mit Inhaltsangabe und übergibt sie der Gemeinde.  
<sup>2</sup>Bei verbundenen Wahlen sind die Stimmzettel der einzelnen Wahlen getrennt zu halten.  
<sup>3</sup>Bis zur Übergabe an die Gemeinde hat die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher sicherzustellen, dass die in Satz 1 Nrn. 1 und 2 aufgeführten Unterlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

(2) <sup>1</sup>Die Gemeinde verwahrt die Pakete, bis ihre Vernichtung zugelassen ist.  
<sup>2</sup>Sie hat sicherzustellen, dass die Pakete Unbefugten nicht zugänglich sind.

(3) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher übergibt der Gemeinde das Wählerverzeichnis und die von ihr zur Verfügung gestellten Ausstattungsgegenstände sowie die einbehaltenen Wahlbenachrichtigungen.

(4) <sup>1</sup>Fordert die zuständige Wahlleitung nach § 69 Abs. 3 von der Gemeinde nur Teile eines Pakets der in Absatz 1 genannten Unterlagen an, so wird das Paket in Gegenwart von zwei Zeuginnen oder Zeugen geöffnet und nach Entnahme der angeforderten Teile erneut versiegelt.  
<sup>2</sup>Über den Vorgang ist eine Niederschrift anzufertigen.

## § 66

### Feststellung des Ergebnisses der Wahl der Vertretung in den Wahlbereichen und im Wahlgebiet

(1) <sup>1</sup>Die Wahlleitung prüft die Wahl Niederschriften auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit.  
<sup>2</sup>Sie stellt nach den Wahl Niederschriften das endgültige Wahlergebnis für das Wahlgebiet in der Aufgliederung nach Wahlbezirken und nach Wahlbereichen einschließlich gesondert festgestellter Briefwahlergebnisse zusammen.  
<sup>3</sup>Ergeben sich aus der Wahl Niederschrift oder aus sonstigen Gründen Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts, so klärt sie die Wahlleitung soweit wie möglich auf.  
<sup>4</sup>Sie erstellt die für die Sitzverteilung (§§ 36 und 37 NKWG) erforderlichen Berechnungen.

(2) <sup>1</sup>Nach Berichterstattung durch die Wahlleitung ermittelt der Wahlausschuss das Gesamtergebnis der Wahl.  
<sup>2</sup>Er stellt unter Berücksichtigung der §§ 35 bis 38 NKWG fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahlen der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
4. die Stimmenverteilung nach den §§ 35 und 36 Abs. 1 oder § 37 Abs. 1 NKWG einschließlich der Gesamtzahl der gültigen Stimmen,
5. die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge einschließlich der Wahlvorschlagsverbindungen und auf die Bewerberinnen und Bewerber,
6. die Ersatzpersonen und ihre Reihenfolge für die durch Personenwahl gewählten Bewerberinnen und Bewerber (§ 38 Abs. 2 NKWG),
7. die Ersatzpersonen und ihre Reihenfolge für die durch Listenwahl gewählten Bewerberinnen und Bewerber (§ 38 Abs. 3 NKWG).

(3) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss ist berechtigt, rechnerische Feststellungen des Wahlvorstands und fehlerhafte Zuordnungen gültig abgegebener Stimmen zu berichtigen sowie über die Gültigkeit abgegebener Stimmen abweichend zu beschließen. <sup>2</sup>Ungeklärte Bedenken werden in der Sitzungsniederschrift vermerkt.

(4) <sup>1</sup>Über die Feststellung des Wahlergebnisses wird eine Niederschrift nach dem Muster der **Anlage 30** oder **31** angefertigt. <sup>2</sup>Der Niederschrift werden die Zusammenstellung über das Wahlergebnis (Absatz 1 Satz 2) und die Berechnungen für die Sitzverteilung (Absatz 1 Satz 4) beigelegt. <sup>3</sup>Die Gemeindegewahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde übersendet der Kreiswahlleitung unverzüglich eine Ausfertigung der Niederschrift.

(5) <sup>1</sup>Die Wahlleitung benachrichtigt die gewählten Bewerberinnen und Bewerber durch Zustellung und weist sie auf § 40 Abs. 1 NKWG hin. <sup>2</sup>Bei einer Benachrichtigung vor Beginn der Wahlperiode weist sie ferner darauf hin, dass nach den Vorschriften der Niedersächsischen Gemeindeordnung und der Niedersächsischen Landkreisorordnung der Sitzanspruch frühestens mit dem Beginn der Wahlperiode eintritt.

(6) <sup>1</sup>Die Wahlleitung macht das Wahlergebnis öffentlich bekannt. <sup>2</sup>Die Bekanntmachung muss mindestens enthalten:

1. die Zahlen der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und der Wähler sowie der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
2. die Stimmen- und Sitzverteilung,
3. die Namen der gewählten Bewerberinnen und Bewerber,
4. die Namen der Ersatzpersonen in der festgestellten Reihenfolge und der Aufgliederung nach Absatz 2 Satz 2 Nrn. 6 und 7.

<sup>3</sup>Die Wahlleitung des Landkreises, der kreisfreien oder der großen selbständigen Stadt gibt der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter und die Wahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde, nicht jedoch die der großen selbständigen Stadt, gibt dem Landkreis die Bekanntmachung zur Kenntnis.

(7) <sup>1</sup>Nach den Mustern der **Anlagen 32** und **33** fertigt die Gemeindegewahlleitung der kreisfreien Stadt eine Hauptzusammenstellung über das Ergebnis der Gemeindegewahl, die Kreiswahlleitung je eine Hauptzusammenstellung über die Ergebnisse der Kreiswahl und der Gemeindegewahlen in den zum Landkreis gehörenden Gemeinden an. <sup>2</sup>Dabei werden, soweit möglich unter Einschluss der Briefwählerinnen und Briefwähler, Zwischensummen für die Wahlbereiche, Gemeinden und Samtgemeinden gebildet. <sup>3</sup>Die in Satz 1 genannten Wahlleitungen übersenden der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter die Hauptzusammenstellung unverzüglich in je zwei Stücken. <sup>4</sup>Die Berichterstattung über andere Wahlen regelt die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter.

## § 67

### Feststellung des Ergebnisses der Direktwahl im Wahlgebiet

(1) <sup>1</sup>Für die Feststellung des Wahlergebnisses gilt § 66 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und Abs. 3 entsprechend. <sup>2</sup>Nach Berichterstattung durch die Wahlleitung ermittelt der Wahlausschuss das Gesamtergebnis der Wahl und stellt unter Berücksichtigung des § 45 f NKWG fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahlen der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
4. die Zahlen der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen gültigen Stimmen; bei Teilnahme nur einer Bewerberin oder eines Bewerbers an der Wahl oder Stichwahl die Zahlen der gültigen „Ja-“ und „Nein-Stimmen“,

5. welche Bewerberin oder welcher Bewerber gewählt ist oder ob eine Stichwahl durchzuführen ist,
6. wenn eine Stichwahl durchzuführen ist, welche Bewerberinnen oder Bewerber an der Stichwahl teilnehmen,
7. bei Teilnahme nur einer Bewerberin oder eines Bewerbers an der Wahl, ob sie oder er gewählt ist oder ob eine neue Wahl durchzuführen ist,
8. im Fall des Verzichts von Bewerberinnen oder Bewerbern auf die Teilnahme an der Stichwahl, wer an der Stichwahl teilnimmt oder ob eine neue Wahl durchzuführen ist; der Verzicht muss gegenüber der Wahlleitung vor der Feststellung des Wahlausschusses schriftlich erklärt sein,
9. dass die Wahl zu wiederholen ist, wenn eine Bewerberin oder ein Bewerber vor Durchführung der Stichwahl durch Tod oder Verlust der Wählbarkeit ausgeschieden ist.

<sup>3</sup>Über die Feststellung des Wahlergebnisses wird eine Niederschrift nach dem Muster der **Anlage 34** angefertigt, der die Zusammenstellung über das Wahlergebnis (§ 66 Abs. 1 Satz 2) beizufügen ist.

(2) Die Wahlleitung benachrichtigt die gewählte Bewerberin oder den gewählten Bewerber durch Zustellung und weist auf die Regelungen in § 40 Abs. 2 NKWG hin.

(3) <sup>1</sup>Die Wahlleitung macht das Wahlergebnis mit den in Absatz 1 Nrn. 1 bis 8 bezeichneten Feststellungen öffentlich bekannt. <sup>2</sup>Ist eine Stichwahl erforderlich, so weist die Wahlleitung zusätzlich auf den Tag der Stichwahl hin und nennt die Namen der beiden an der Stichwahl teilnehmenden Bewerberinnen oder Bewerber unter Angabe ihrer Stimmzahlen; dies gilt entsprechend, wenn nur eine Bewerberin oder ein Bewerber an der Stichwahl teilnimmt. <sup>3</sup>Sie weist außerdem darauf hin, dass der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl erst nach Bekanntmachung des Ergebnisses der Stichwahl zulässig ist. <sup>4</sup>§ 66 Abs. 6 Satz 3 gilt entsprechend.

## § 68

### Gesamtergebnis der allgemeinen Neuwahlen

Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter stellt die Zahlen des Gesamtergebnisses der allgemeinen Neuwahlen zusammen und macht sie in der Aufgliederung nach Landkreisen und kreisfreien Städten öffentlich bekannt.

## § 69

### Überprüfung der Wahl durch die Wahlleitungen

(1) <sup>1</sup>Die Wahlleitungen prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes und dieser Verordnung durchgeführt worden ist. <sup>2</sup>Nach dem Ergebnis der Prüfung entscheiden sie, ob Einspruch gegen die Wahl einzulegen ist (§ 46 Abs. 1 und 2 NKWG).

(2) Ergeben sich bei der Prüfung nach Absatz 1 Satz 1 für die Gemeindegewahlleitung einer kreisangehörigen Gemeinde Beanstandungen oder Bedenken hinsichtlich der ordnungsgemäßen Durchführung der Kreiswahl oder der Wahl der Landrätin oder des Landrats, so unterrichtet sie unverzüglich die Kreiswahlleitung.

(3) <sup>1</sup>Auf Anforderung haben die Gemeinden den Wahlleitungen die bei ihnen vorhandenen Wahlunterlagen zu überlassen. <sup>2</sup>Die Kreiswahlleitung kann die Wahlunterlagen der Gemeindegewahlleitungen und der Gemeindegewahlausschüsse der zum Landkreis gehörenden Gemeinden jederzeit zur Einsichtnahme anfordern.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten für andere Wahlen entsprechend.

## § 70

Entscheidung über die Gültigkeit der einzelnen Direktwahl

Hat die Direktwahl nicht zugleich mit der Wahl zur Vertretung stattgefunden, so soll die Vertretung über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Wahl in der ersten nach Ablauf der Einspruchsfrist stattfindenden Sitzung (§ 46 Abs. 2 NKWG) entscheiden.

## Sechster Teil

## Nachwahl, Wiederholungswahl, einzelne Neuwahl, neue Direktwahl und Abwahl

## § 71

## Nachwahl

(1) <sup>1</sup>Sobald feststeht, dass die Wahl infolge höherer Gewalt nicht durchgeführt werden kann, sagt die Wahlleitung die Wahl ab und gibt öffentlich bekannt, dass eine Nachwahl stattfinden wird. <sup>2</sup>Sie unterrichtet unverzüglich die Vertretung. <sup>3</sup>Finden Gemeinde- und Kreiswahlen gleichzeitig statt, so unterrichtet die Wahlleitung auch die Landeswahlleiterin oder den Landeswahlleiter.

(2) <sup>1</sup>Der Tag der Nachwahl ist unverzüglich nach Absage der Wahl zu bestimmen und der Wahlleitung mitzuteilen. <sup>2</sup>Die Wahlleitung teilt den Termin der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit. <sup>3</sup>Die Wahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde teilt den Termin außerdem dem Landkreis mit. <sup>4</sup>Wird der Tag der Nachwahl von der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter bestimmt, so gilt Satz 1 entsprechend.

(3) Die Wahlleitung macht den Tag der Nachwahl und die Wahlzeit unverzüglich öffentlich bekannt.

(4) Bei der Nachwahl wird

1. mit den für die Hauptwahl aufgestellten Wählerverzeichnissen,
2. nach den für die Hauptwahl zugelassenen Wahlvorschlägen und Wahlvorschlagsverbindungen,
3. in den für die Hauptwahl bestimmten Wahlbereichen, Wahlbezirken und Wahlräumen und
4. vor den für die Hauptwahl gebildeten Wahlvorständen

gewählt.

(5) <sup>1</sup>Die für die Hauptwahl erteilten Wahlscheine behalten für die Nachwahl Gültigkeit. <sup>2</sup>Neue Wahlscheine dürfen nur von Gemeinden, in denen die Nachwahl stattfindet, ausgestellt werden.

(6) Die Wahlzeit dauert von 8.00 bis 18.00 Uhr.

(7) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann im Einzelfall Regelungen zur Anpassung an besondere Verhältnisse treffen.

## § 72

## Wiederholungswahl

(1) <sup>1</sup>Der Tag der der Wiederholungswahl (§ 42 NKWG) ist der Wahlleitung mitzuteilen. <sup>2</sup>Die Wahlleitung teilt den Termin der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit. <sup>3</sup>Die Wahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde, nicht jedoch die der großen selbständigen Stadt, teilt den Termin außerdem dem Landkreis mit.

(2) Die Wahlleitung macht den Tag der Wiederholungswahl und die Wahlzeit unverzüglich öffentlich bekannt.

(3) <sup>1</sup>Findet die Wiederholungswahl vor Ablauf von sechs Monaten nach der Hauptwahl statt, so ist das Verfahren nur insoweit zu erneuern, als das nach der Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren und nach § 42 NKWG erforderlich ist. <sup>2</sup>Dabei gelten folgende Regelungen:

1. Wird die Wahl nur in einzelnen Wahlbereichen oder Wahlbezirken wiederholt, so darf die Abgrenzung dieser Wahlbereiche und Wahlbezirke nicht geändert werden. Auch sonst soll die Wahl vorbehaltlich der Wahlprüfungsentscheidung möglichst in denselben Wahlbereichen und Wahlbezirken wie bei der Hauptwahl wiederholt werden.
2. Wahlvorstände können neu gebildet und Wahlräume neu bestimmt werden.
3. Findet die Wiederholungswahl infolge von Unregelmäßigkeiten bei der Aufstellung und Behandlung von Wählerverzeichnissen statt, so ist in den betroffenen Wahlbezirken das Verfahren der Aufstellung, Einsichtnahme, Berichtigung und des Abschlusses des Wählerverzeichnisses neu durchzuführen, sofern sich aus der Wahlprüfungsentscheidung keine Einschränkungen ergeben.
4. Personen, die seit der Hauptwahl ihr Wahlrecht verloren haben, werden im Wählerverzeichnis gestrichen. Wahlberechtigte, die für die Hauptwahl einen Wahlschein erhalten haben, können nur dann an der Wahl teilnehmen, wenn ihr Wahlschein für den Wahlbereich gilt, in dem die Wahl wiederholt wird.
5. Wahlscheine dürfen nur für das Gebiet, in dem die Wiederholungswahl stattfindet, erteilt werden. Wird die Wiederholungswahl nur in einem Teil des Wahlgebiets durchgeführt, so erhalten Wahlberechtigte, deren briefliche Stimmabgabe bei der Hauptwahl in das Wahlergebnis eines Wahlbezirks einbezogen worden ist, in dem die Wiederholungswahl stattfindet, auf Antrag ihren Wahlschein mit Gültigkeitsvermerk für die Wiederholungswahl zurück, wenn sie inzwischen aus dem Gebiet der Wiederholungswahl verzogen sind und ihr Wahlrecht weiterhin besteht. Den nach Satz 2 maßgebenden Wahlbezirk macht die Wahlleitung öffentlich bekannt.
6. Wahlvorschläge können nur dann neu eingereicht oder geändert werden, wenn sich dies aus der Wahlprüfungsentscheidung ergibt oder wenn eine Bewerberin oder ein Bewerber verstorben oder nicht mehr wählbar ist. Der Umfang der Neueinreichung oder Änderung ist auf die Folgen der vorgenannten Tatbestände beschränkt.
7. Erklärungen über die Verbindung von Wahlvorschlägen können nur dann neu eingereicht oder geändert werden, wenn sich dies aus der Wahlprüfungsentscheidung ergibt oder wenn nach Nummer 6 neue Wahlvorschläge eingereicht werden.

(4) Die Wahlzeit dauert von 8.00 bis 18.00 Uhr.

(5) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann im Rahmen der Wahlprüfungsentscheidung Regelungen zur Anpassung des Wiederholungswahlverfahrens an besondere Verhältnisse treffen.

## § 73

## Wiederholungswahl nach § 45 b Abs. 6 NKWG

(1) <sup>1</sup>Im Fall des § 45 b Abs. 6 Satz 1 NKWG macht die Wahlleitung öffentlich bekannt, dass die Wahl wiederholt wird und unterrichtet hiervon unverzüglich die Vertretung. <sup>2</sup>Sie weist eine Vertrauensperson des betroffenen Wahlvorschlags darauf hin, dass der Wahlvorschlagsträger bis zum 34. Tag vor der Wiederholungswahl einen neuen Wahlvorschlag einreichen kann.

(2) § 72 Abs. 1 gilt entsprechend. <sup>2</sup>§ 72 Abs. 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Wahlleitung auch den Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl öffentlich bekannt macht.

(3) <sup>1</sup>Die für die ausgefallene Stichwahl erteilten Wahlscheine haben für die Wiederholungswahl keine Gültigkeit. <sup>2</sup>Wahlbriefe mit alten Wahlscheinen, die bei der Wahlleitung eingegangen sind, werden dort gesammelt und unter Beachtung des Wahlgeheimnisses vernichtet.

(4) <sup>1</sup>Es wird in den für die erste Wahl bestimmten Wahlbezirken gewählt. <sup>2</sup>Die Wahl soll in denselben Wahlräumen sowie vor den für die erste Wahl gebildeten Wahlvorständen stattfinden.

(5) <sup>1</sup>Bei der Wiederholungswahl wird nach dem Wählerverzeichnis der ersten Wahl gewählt. <sup>2</sup>Es ist durch die Aufnahme der folgenden Wahlberechtigten von Amts wegen zu berichtigen:

1. Wahlberechtigte, die nicht im Wählerverzeichnis eingetragen sind und für die erste Wahl einen Wahlschein erhalten hatten und
2. Personen, die bis zum Tag der Wiederholungswahl wahlberechtigt werden.

#### § 74

##### Einzelne Neuwahl der Vertretung

(1) Die einzelne Neuwahl soll spätestens vier Monate nach Eintritt ihrer Voraussetzung stattfinden.

(2) <sup>1</sup>Der Tag der einzelnen Neuwahl nach § 43 Abs. 1 NKWG ist der Wahlleitung mitzuteilen. <sup>2</sup>Die Wahlleitung teilt den Termin der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mit. <sup>3</sup>Die Wahlleitung der kreisangehörigen Gemeinde, nicht jedoch die der großen selbständigen Stadt, teilt den Termin außerdem dem Landkreis mit.

(3) Der Tag der einzelnen Neuwahl nach § 43 Abs. 2 NKWG ist der Wahlleitung und der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter mitzuteilen.

(4) Die Wahlleitung macht den Tag der einzelnen Neuwahl und die Wahlzeit unverzüglich öffentlich bekannt.

(5) Für die einzelne Neuwahl nach Auflösung der Vertretung gilt § 21 Abs. 10 NKWG entsprechend mit der Maßgabe, dass der letzte Tag vor der Auflösung der Vertretung an die Stelle des Tages der Bestimmung des Wahltages tritt.

(6) Für die einzelne Neuwahl nach Neubildung einer Gemeinde oder eines Landkreises gelten folgende Regelungen:

1. Die für die Zahl der Vertreterinnen und Vertreter maßgebende Einwohnerzahl bestimmt sich nach dem Gebietsstand des neuen Wahlgebiets. Ist für einen Gebietsteil des neuen Wahlgebiets die Einwohnerzahl nicht gesondert festgestellt worden, so ist sie von der Landesstatistikbehörde durch einen Annäherungswert zu ermitteln.
2. Enthält der Gebietsänderungsvertrag keine Regelung über die Wahrnehmung der Befugnisse der Organe der Gemeinde oder des Landkreises, so beruft die Aufsichtsbehörde die Wahlleitung. Sie macht Namen und Anschriften der Wahlleitung öffentlich bekannt.
3. Zu Vorschlägen für die Berufung der Mitglieder des Wahlausschusses sind alle Parteien und Wählergruppen berechtigt, die bei der letzten Wahl in einem Wahlgebiet, das ganz oder teilweise dem neuen Wahlgebiet zugehört, mindestens einen Sitz errungen haben. Ergeben sich nach Satz 1 mehr als sechs Vorschlagsberechtigte, so erhöht sich die Zahl der Mitglieder entsprechend der Zahl der Vorschlagsberechtigten, die der Wahlleitung bis zum Ablauf der gesetzten Frist ein Mitglied benennen.
4. Die Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche nach § 7 Abs. 3 und 4 NKWG bestimmt ein besonderer Ausschuss, der nach folgenden Grundsätzen gebildet wird:
  - a) Die Zahl der Ausschussmitglieder entspricht der Zahl der im neuen Wahlgebiet zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter.

b) Die Ausschussmitglieder werden von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag der in Nummer 3 Satz 1 bezeichneten Parteien und Wählergruppen berufen. Sie müssen im neuen Wahlgebiet wählbar sein.

c) Eine vorschlagsberechtigte Partei oder Wählergruppe kann so viele Ausschussmitglieder vorschlagen, wie sich aus ihrer nach dem Gebietsstand des neuen Wahlgebiets zusammengefassten Stimmenzahl bei den in Nummer 3 Satz 1 genannten Wahlen nach dem Berechnungsverfahren nach § 36 Abs. 2 NKWG ergeben. Die Partei oder Wählergruppe hat bei ihren Vorschlägen zunächst ihre Vertreterinnen oder Vertreter in den bisherigen Wahlgebieten, danach deren Ersatzpersonen zu berücksichtigen. Sind nicht genügend Ersatzpersonen vorhanden, so kann die Partei oder Wählergruppe andere im neuen Wahlgebiet wählbare Personen vorschlagen. Macht eine Partei oder Wählergruppe von ihrem Vorschlagsrecht bis zum Ablauf der von der Aufsichtsbehörde gesetzten Frist keinen oder nicht den vollen Gebrauch, so bleibt die entsprechende Zahl der Sitze im Ausschuss unbesetzt.

d) Die Aufsichtsbehörde soll darauf hinwirken, dass die Parteien und Wählergruppen bei ihren Vorschlägen zur Bildung des Ausschusses nach Möglichkeit jedes der in der Nummer 3 Satz 1 bezeichneten Wahlgebiete berücksichtigen.

5. Der nach Nummer 4 gebildete Ausschuss wird von der Aufsichtsbehörde einberufen. Er wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Für die Arbeitsweise des Ausschusses gelten die für den Wahlausschuss maßgebenden Vorschriften.

6. Als Vertretung im Sinne des § 21 Abs. 10 NKWG gilt die Vertretung eines jeden bisherigen Wahlgebiets, das ganz oder teilweise dem neuen Wahlgebiet zugehört. Hat ein Wahlgebiet zu bestehen aufgehört, so gilt § 21 Abs. 10 NKWG entsprechend mit der Maßgabe, dass der letzte Tag des Bestehens des Wahlgebiets an die Stelle des Tages der Bestimmung des Wahltages tritt.

7. Die nach § 29 Abs. 3 Satz 1 NKWG maßgebende Stimmenzahl bestimmt sich nach dem Gebietsstand des neuen Wahlgebiets. Ist für einen Gebietsteil des neuen Wahlgebiets die Stimmenverteilung der letzten Wahl der Vertretung nicht gesondert festgestellt worden, so ist sie von der Landesstatistikbehörde durch einen Annäherungswert zu ermitteln. Die Zusammenfassung der Stimmen verschiedener Wählergruppen hat zur Voraussetzung, dass bei der letzten Wahl zwischen ihnen ein organisatorischer Zusammenhang bestand. Die Sätze 2 und 3 sind auch für das Vorschlagsrecht der Parteien und Wählergruppen bei der Bildung des in Nummer 4 bezeichneten Ausschusses maßgebend.

(6) <sup>1</sup>Für die einzelne Neuwahl nach einer Gebietsänderung, die nicht mit der Neubildung einer Gemeinde oder eines Landkreises verbunden ist, gilt Absatz 5 Nrn. 1, 3 bis 5, 6 Satz 1 und Nr. 7 entsprechend. <sup>2</sup>Die Nummern 4 und 5 des Absatzes 5 entfallen, wenn der Gebietsänderungsvertrag eine andere Regelung über die Zuständigkeit für die Bildung der Wahlbereiche enthält.

(7) <sup>1</sup>Für die Feststellung des Landeswahlausschusses über die Anerkennung als Partei oder deren Widerruf im Zusammenhang mit einer einzelnen Neuwahl gilt § 32 entsprechend. <sup>2</sup>Trifft die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter die Feststellung allein (§ 43 Abs. 3 Satz 2 NKWG), so teilt sie oder er die Feststellung der betroffenen Vereinigung und der Wahlleitung mit. <sup>3</sup>Gilt die Anerkennung als Partei auch für künftige einzelne Neuwahlen, so macht sie oder er dies außerdem öffentlich bekannt. <sup>4</sup>Für den Widerruf einer Anerkennung als Partei bedarf es eines Beschlusses des Landeswahlausschusses, wenn dieser die zu widerrufende Feststellung getroffen hat.

(8) <sup>1</sup>Findet die einzelne Neuwahl in einer kreisangehörigen Gemeinde statt, so regelt sich die Reihenfolge der Wahlvorschläge für die im Kreistag vertretenen Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge nach den Stimmzahlen, die sie bei der letzten Kreiswahl im Landkreis erhalten haben; § 29 Abs. 5 NKWG gilt entsprechend. <sup>2</sup>Diesen Wahlvorschlägen folgen die Wahlvorschläge der sonstigen im bisherigen Rat vertretenen Parteien, Wählergruppen, Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber in der Reihenfolge der Stimmzahlen bei der letzten Wahl des Rats; Absatz 5 Nr. 7 ist anzuwenden. <sup>3</sup>Sonstige Wahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge an.

(9) Die Wahlzeit dauert von 8.00 bis 18.00 Uhr.

(10) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann im Einzelfall Regelungen zur Anpassung an besondere Verhältnisse treffen.

## § 75

### Neue Direktwahl

(1) <sup>1</sup>Im Fall des § 45 b Abs. 5 NKWG sagt die Wahlleitung durch öffentliche Bekanntmachung die Wahl ab und weist darauf hin, dass eine neue Wahl innerhalb von drei Monaten durchzuführen ist. <sup>2</sup>Sie weist außerdem darauf hin, dass für die neue Wahl das gesamte Wahlverfahren einschließlich der Wahlvorbereitung zu wiederholen ist. <sup>3</sup>Sie unterrichtet unverzüglich die Vertretung.

(2) <sup>1</sup>In den Fällen des § 45 b Abs. 7 NKWG macht die Wahlleitung öffentlich bekannt, dass eine Bewerberin oder ein Bewerber nicht gewählt ist oder die Wahl nicht angenommen hat und dass eine neue Wahl innerhalb von sechs Monaten durchzuführen ist. <sup>2</sup>Absatz 1 Sätze 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) <sup>1</sup>§ 72 Abs. 1 und § 74 Abs. 8, 10 und 11 gelten entsprechend. <sup>2</sup>§ 72 Abs. 2 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Wahlleitung auch den Tag einer etwa notwendig werdenden Stichwahl öffentlich bekannt macht.

## § 76

### Abwahl

(1) Für die Abstimmung über die Abwahl gelten die Vorschriften über die Direktwahl entsprechend.

(2) Der Stimmzettel für die Abstimmung enthält nach dem Muster der **Anlage 35** die zu entscheidende Abwahlfrage, den Namen und Vornamen der Amtsinhaberin oder des Amtsinhabers sowie zwei gleich große Kreise für die Kennzeichnung der auf „Ja“ oder „Nein“ lautenden Abwahlfrage.

(3) <sup>1</sup>Der Wahlausschuss stellt das Ergebnis der Abstimmung unverzüglich fest. <sup>2</sup>Die Wahlleitung unterrichtet die Amtsinhaberin oder den Amtsinhaber sowie die Vertretung über das festgestellte Ergebnis und macht es öffentlich bekannt.

## Siebenter Teil

### Ersatz von Vertreterinnen oder Vertretern und Ausscheiden von Ersatzpersonen

## § 77

### Ersatz von Vertreterinnen oder Vertretern

(1) <sup>1</sup>Die Wahlleitung benachrichtigt durch Zustellung die Ersatzperson, auf die ein Sitz übergegangen ist und weist sie auf die Vorschriften des § 40 Abs. 1 NKWG hin. <sup>2</sup>Sie teilt dies der Landrätin oder dem Landrat, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der oder dem Vorsitzenden der Vertretung unverzüglich mit und macht öffentlich bekannt, auf welche Ersatzperson der Sitz übergegangen ist.

(2) Ist beim Freiwerden eines Sitzes für die nächste Ersatzperson die Voraussetzung nach § 44 Abs. 2 oder 3 NKWG gegeben und ihr Ausscheiden noch nicht nach § 45 NKWG festgestellt, so ist ihr vor der Feststellung des Sitzübergangs Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer angemessenen Frist zu äußern.

(3) Bleibt ein Sitz nach § 44 Abs. 5 Satz 2 oder 3 NKWG unbesetzt, so gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.

## § 78

### Ausscheiden von Ersatzpersonen

(1) <sup>1</sup>Die Wahlleitung benachrichtigt die ausgeschiedene Ersatzperson durch Zustellung. <sup>2</sup>Sie teilt das Ausscheiden der Landrätin oder dem Landrat, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der oder dem Vorsitzenden der Vertretung unverzüglich mit und macht es öffentlich bekannt.

(2) Einer Ersatzperson für die die Voraussetzung nach § 44 Abs. 2 oder 3 NKWG vorliegt, ist vor der Feststellung über ihr Ausscheiden Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer angemessenen Frist zu äußern.

## Achter Teil

### Schlussvorschriften

## § 79

### Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die nach dem Niedersächsischen Kommunalwahlgesetz und dieser Verordnung vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen veröffentlichen die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Niedersächsischen Ministerialblatt, die Kreiswahlleitungen und Landkreise sowie die Gemeindewahlleitungen und Gemeinden in ortsüblicher Weise.

(2) Bekanntmachungen der Gemeindewahlleitung und der Gemeinde können zusammengefasst werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für andere Wahlleitungen entsprechend.

(4) Für die öffentliche Bekanntmachung nach § 6 Abs. 3 genügt Aushang am oder im Eingang des Sitzungsgebäudes.

## § 80

### Zustellungen

Zustellungen werden nach den Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungszustellungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung vorgenommen.

## § 81

### Beschaffung von Stimmzetteln und Vordrucken

(1) <sup>1</sup>Die Kreiswahlleitung beschafft für die Kreiswahl und die Wahl der Landrätin oder des Landrats, die Gemeindewahlleitung für die Gemeindewahl und die Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters:

1. die Stimmzettel (Anlagen 16, 17, 20, 21, 22 und 35),
2. die Wahlscheinvordrucke (Anlage 4),
3. die Stimmzettelumschläge für die Briefwahl (Anlage 18),
4. die Wahlbriefumschläge (Anlage 19).

<sup>2</sup>Dies gilt für andere Wahlen entsprechend. <sup>3</sup>Bei verbundenen Wahlen beschafft die Gemeindewahlleitung die Wahlscheinvordrucke, die Stimmzettelumschläge und die Wahlbriefumschläge für alle Wahlen.

(2) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter beschafft die Formblätter für die Übersichten über die zugelassenen Wahlvorschläge (Anlagen 14, 14 a und 15) und für die Hauptzusammenstellungen (Anlagen 32 und 33).

(3) <sup>1</sup>Die Gemeinde beschafft die für die Wahlvorstände erforderlichen Vordrucke. <sup>2</sup>Sonstige Vordrucke beschafft diejenige Stelle, die sie benötigt. <sup>3</sup>Die Kreiswahlleitung kann für die zum Landkreis gehörenden Gemeinden auf deren Kosten die Beschaffung der Vordrucke übernehmen.

(4) Für die Beschaffung und Gestaltung der Wahlvordrucke kann die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Rahmen des § 14 Abs. 1 Nr. 2 NKWG besondere Regelungen treffen.

## § 82

### Hilfskräfte und Hilfsmittel

<sup>1</sup>Den Wahlausschüssen und den Wahlvorständen sind die für ihre Tätigkeit erforderlichen Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen. <sup>2</sup>Für Hilfskräfte und Hilfsmittel der Wahlausschüsse sorgen die Wahlleitungen, für Hilfskräfte und Hilfsmittel der Wahlvorstände die Gemeinden.

## § 83

### Sicherung der Wahlunterlagen

(1) Die Wählerverzeichnisse, die Wahlscheinverzeichnisse, die Verzeichnisse nach § 25 Abs. 10 Satz 2, die Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge sowie einbehaltene Wahlbenachrichtigungen sind so zu verwahren, dass sie gegen Einsichtnahme durch Unbefugte geschützt sind.

(2) <sup>1</sup>Auskünfte aus Wählerverzeichnissen, Wahlscheinverzeichnissen und Verzeichnissen nach § 25 Abs. 10 Satz 2 dürfen nur Behörden, Gerichten und sonstigen amtlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und nur dann erteilt werden, wenn sie für den Empfänger im Zusammenhang mit der Wahl erforderlich sind. <sup>2</sup>Ein solcher Anlass liegt insbesondere bei Verdacht von Wahlstraftaten, Wahlprüfungsangelegenheiten und wahlstatistischen Arbeiten vor.

(3) Mitglieder von Wahlorganen, Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete dürfen Auskünfte über Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge nur Behörden, Gerichten und sonstigen amtlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und nur dann erteilen, wenn die Auskunft zur Durchführung der Wahl oder eines Wahlprüfungsverfahrens oder zur Aufklärung des Verdachts einer Wahlstraftat erforderlich ist.

## § 84

### Wahlstatistische Auszählungen

(1) <sup>1</sup>Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter teilt den Wahlleitungen mit, für welche Wahlbezirke ihres Wahlgebiets sie oder er aufgrund des § 51 NKWG repräsentative Wahlstatistiken angeordnet hat. <sup>2</sup>Die Wahlleitungen unterrichten die Gemeinden, zu denen diese Wahlbezirke gehören. <sup>3</sup>Die Gemeinden setzen die zuständigen Wahlvorstände in Kenntnis.

(2) Die repräsentativen Wahlstatistiken gemäß § 51 Abs. 2 NKWG können den Gemeindevahlleitungen, die wahlstatistische Auszählungen gemäß § 51 Abs. 8 NKWG durchführen, von der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter zu deren Ergänzung und zu zusammengefasster Veröffentlichung überlassen werden.

## § 85

### Vernichtung von Wahlunterlagen

(1) <sup>1</sup>Die Wahlunterlagen können 60 Tage vor der Wahl der neuen Vertretung vernichtet werden. <sup>2</sup>Die einbehaltenen Wahlbenachrichtigungen sind unverzüglich zu vernichten.

(2) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann zulassen, dass die nach Absatz 1 Satz 1 zur Vernichtung in Betracht kommenden Unterlagen früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

(3) Wählerverzeichnisse, Wahlscheinverzeichnisse, Verzeichnisse nach § 25 Abs. 10 Satz 2 sowie Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge sind nach Ablauf von sechs Monaten seit der Wahl zu vernichten, wenn nicht eine Wahlleitung mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

## § 86

### Erstattung von Wahlkosten

Der Landkreis erstattet den zu seinem Wahlgebiet gehörenden Gemeinden im Rahmen des § 50 NKWG die Kosten der Kreiswahl und der Direktwahl der Landrätin oder des Landrats sowie deren oder dessen Abwahl, sobald die Wahl durchgeführt worden ist.

## § 87

### Mitwirkung der Samtgemeinden

(1) <sup>1</sup>Die den Gemeinden nach dem Niedersächsischen Kommunalwahlgesetz und dieser Verordnung obliegenden Aufgaben werden für Gemeinden, die einer Samtgemeinde angehören, von der Samtgemeinde erfüllt. <sup>2</sup>Dabei gelten folgende Regelungen:

1. Die Samtgemeinde soll ihre Tätigkeit unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse so einrichten, dass die Vorbereitung und Durchführung der Wahl möglichst erleichtert wird.
2. Die Samtgemeinde veröffentlicht ihre die Wahl betreffenden Bekanntmachungen in allen Mitgliedsgemeinden in der jeweils ortsüblichen Art.
3. Die Samtgemeinde kann die Einsichtnahme der Wählerverzeichnisse für die Wahlbezirke der Mitgliedsgemeinden auf den Sitz der Samtgemeinde beschränken.
4. Die Samtgemeinde kann im Einvernehmen mit der Mitgliedsgemeinde bestimmen, dass einzelne Aufgaben von der Mitgliedsgemeinde erfüllt werden. Macht sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so hat sie es in der Mitgliedsgemeinde ortsüblich bekannt zu machen.
5. Die im Niedersächsischen Kommunalwahlgesetz und in dieser Verordnung begründeten Zuständigkeiten des Rats der Gemeinde, der Gemeindevahlleitung und des Gemeindevahlausschusses bleiben unberührt.
6. Soweit das Gebiet der Gemeinde für einen Teilvorgang im Wahlablauf die Grundlage darstellt (zum Beispiel für Bildung der Wahlbezirke, die Einreichung der Wahlvorschläge und die Feststellung des Wahlergebnisses), bleibt die räumliche Eigenständigkeit der Gemeinde auch dann bestehen, wenn sie einer Samtgemeinde angehört.
7. Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann im Einzelfall Regelungen zur Anpassung an besondere Verhältnisse einer Samtgemeinde treffen.



(2) Wahlleiterin oder Wahlleiter ist in den Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden die Gemeindedirektorin oder der Gemeindedirektor nach § 70 Abs. 1 NGO.

## § 88

### Mitwirkung des Landeswahlausschusses

(1) Für die Wahrnehmung zentraler Wahlaufgaben durch den Landeswahlausschuss gelten die Verfahrensvorschriften der Niedersächsischen Landeswahlordnung.

(2) Die Entschädigung der Mitglieder des Landeswahlausschusses bestimmt sich nach den Vorschriften der Niedersächsischen Landeswahlordnung.

## § 89

### Ergänzende Vorschriften für die Wahl anderer Vertretungen

(1) Für die Wahl des Samtgemeinderats nach § 75 Abs. 2 NGO gelten folgende ergänzende Regelungen:

1. Es entsprechen der Samtgemeinderat dem Rat der Gemeinde (Vertretung), die Mitglieder des Samtgemeinderats den Ratsmitgliedern (Vertreterinnen und Vertretern), das Gebiet der Samtgemeinde dem Wahlgebiet.
2. Unbeschadet des § 24 Abs. 1 Sätze 4 und 5 NKWG können die für die Samtgemeindewahl zuständigen Parteimitglieder oder deren Delegierte auch die Bewerberinnen und Bewerber und ihre Reihenfolge für die Gemeindewahl in einer Mitgliedsgemeinde bestimmen, sofern in dieser Gemeinde keine Parteiorganisation vorhanden ist.
3. Die Wahlvorschläge der an der Kreiswahl teilnehmenden Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge erhalten die für diese Wahl maßgebenden Wahlvorschlagsnummern (§ 37 Abs. 2) auch für die Wahl des Samtgemeinderats. Die Wahlvorschlagsnummern aller an der Wahl des Samtgemeinderats teilnehmenden Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge sind für die Gemeindewahlen in allen Mitgliedsgemeinden maßgebend. § 37 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 2 findet auf die Wahl des Samtgemeinderats keine Anwendung.
4. Bei den allgemeinen Neuwahlen findet § 68 für die Ergebnisse der Wahlen zu den Samtgemeinderäten keine Anwendung.
5. Bei der erstmaligen Wahl des Samtgemeinderats ist § 74 Abs. 6 mit der Maßgabe anzuwenden, dass sich das Vorschlagsrecht zur Berufung der Wahlausschussmitglieder (§ 74 Abs. 6 Nr. 3) sowie der Mitglieder des besonderen Ausschusses (§ 74 Abs. 6 Nr. 4), die Befreiung vom Unterschriftenerfordernis für Wahlvorschläge (§ 21 Abs. 10 NKWG in Verbindung mit § 74 Abs. 6 Nr. 6) und die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln (§ 29 Abs. 3 Satz 1 NKWG in Verbindung mit § 74 Abs. 6 Nr. 7) nach den zusammengefassten Ergebnissen der letzten Gemeindewahlen im Gebiet der Samtgemeinde bestimmen.

(2) Für die Wahl des Ortsrats gelten folgende ergänzende Regelungen:

1. Die Zahl der Unterschriften für Wahlvorschläge (§ 21 Abs. 9 NKWG) bestimmt sich nach dem auf die Ortschaft entfallenden Teil der für die Gemeindewahl maßgebenden Einwohnerzahl.
2. Die Wahlvorschläge der an der Wahl des Rats teilnehmenden Parteien, Wählergruppen und Einzelwahlvorschläge erhalten die für diese Wahl maßgebenden Wahlvorschlagsnummern (§ 37 Abs. 2) auch für die Wahl des Ortsrats. Bei allgemeinen Neuwahlen gelten die nach § 37 Abs. 2 Nr. 2 maßgebenden Wahlvorschlagsnummern auch für die Wahl des Ortsrats.
3. Absatz 1 Nr. 4 gilt entsprechend.

4. Bei der erstmaligen Wahl des Ortsrats werden die Zahl und die Abgrenzung der Wahlbereiche vom Rat der Gemeinde bestimmt. Fällt diese Wahl mit der einzelnen Neuwahl des Rats zusammen, so trifft das Organ die Bestimmung, welches die Zahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Gemeindewahl bestimmt. Als Vertretung im Sinne des § 21 Abs. 10 NKWG gilt bei der erstmaligen Wahl des Ortsrats der Rat der Gemeinde; dabei ist im Fall des Satzes 2 § 74 Abs. 6 Nrn. 6 und 7 entsprechend anzuwenden.

5. Die für die Gemeindewahl berechtigten Parteimitglieder oder deren Delegierte können auch die Bewerberinnen und Bewerber und ihre Reihenfolge für die Wahl des Ortsrats bestimmen, sofern in der Ortschaft keine Parteiorganisation vorhanden ist. Für die Bestimmung der Bewerberin und Bewerber auf Wahlvorschlägen von Wählergruppen durch deren wahlberechtigte Anhängerschaft gilt Satz 1 entsprechend.

(3) Für die Wahl der Einwohnervertretung gelten folgende ergänzende Regelungen:

1. Der gemeindefreie Bezirk steht der kreisangehörigen Gemeinde gleich.
2. Absatz 1 Nr. 4 gilt entsprechend.

(4) Für die Wahl des Stadtbezirksrats gelten folgende ergänzende Regelungen:

1. Die Zahl der Unterschriften für Wahlvorschläge (§ 21 Abs. 9 NKWG) bestimmt sich nach der Einwohnerzahl des Stadtbezirks.
2. Absatz 2 Nrn. 2 bis 5 gilt entsprechend.

(5) Die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter kann besondere Regelungen für den Ablauf des Wahlverfahrens treffen.

## § 90

### In-Kraft-Treten

(1) <sup>1</sup>Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Niedersächsische Kommunalwahlordnung vom 16. April 1996 (Nds. GVBl. S. 121) außer Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 tritt § 30 Abs. 4 Nr. 1 Satz 1 am 1. November 2001 in Kraft.